



KREISVERGLEICH 2025

der IHK Südthüringen

Impressum

Herausgeber

Industrie- und Handelskammer Südthüringen
Bahnhofstraße 4 – 8
98527 Suhl
www.suhl.ihk.de

Redaktion

Dr. Jan Pieter Schulz
Standortpolitik I Existenzgründung und Unternehmensförderung
Tel.: 03681 362-406
Fax: 03681 362-220
E-Mail: schulz@suhl.ihk.de

Grafik

Thomas Leser
Standortpolitik I Regionalplanung, Handel & Verkehr
Tel.: 03681 362-132
Fax: 03681 362-220
E-Mail: leser@suhl.ihk.de

Fotos

Seite 3: Layhong – [adobe.stock.com](https://www.adobe.com/stock)

Stand

24. September 2025

Gleichwertigkeit schreitet voran – Zum Stand der Lebensverhältnisse in Südthüringen am 35. Jahrestag der Deutschen Einheit

Die Industrie- und Handelskammer (IHK) Südthüringen hat ein neues Kartenwerk aufgelegt, welches den Standort Südthüringen im Vergleich mit den 400 deutschen Landkreisen und kreisfreien Städten sichtbar macht. Bereits vor sechs Jahren wurde eine erste Version des Kartenwerks aufgelegt. Grundlage sind verschiedene wirtschaftliche Indikatoren, die einen Einblick in die Stärken, Schwächen und vor allem Entwicklungspotenziale der Region bieten.

Südthüringen präsentiert sich heute als Industrieregion mit gesundem Arbeitsmarkt und überdurchschnittlichem BIP-Wachstum. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem vollendeten ersten Lebensjahr wird erfüllt. Das ermöglicht eine der höchsten Beschäftigungsquoten von Männern und Frauen im Bundesgebiet. Die Teilzeitquote liegt vergleichsweise niedrig, die Fachkräftebasis ist stark und zieht zusätzlich Zuwanderung aus dem Ausland an. Selbst Menschen



Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse gehört zu den Staatszielen der Bundesrepublik Deutschland. Unser Kartenwerk zeigt: Unterschiede bestehen weiterhin. Sie folgen Himmelsrichtungen oder beispielsweise Ballungsgebieten und dem ländlichen Raum. Doch solche Differenzen sind kein ausschließlich ostdeutsches Phänomen. Sie ergeben sich ebenso aus wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklungspfaden oder naturräumlichen Gegebenheiten. Die deutsche Einheit hat unterschiedliche Regionen zusammengeführt, die sich unter verschiedenen Rahmenbedingungen entwickelt haben und ihre Unterschiede aufweisen.

Darin liegt heute auch die Chance, voneinander zu lernen und regionale Stärken gezielt auszubauen.

ohne Berufsabschluss finden hier gute Beschäftigungschancen. Die Arbeitslosigkeit ist geringer als im Bundesdurchschnitt, die Einkommen steigen überdurchschnittlich. Eine geringe Gewerbesteuerbelastung, grundsätzlich solide Finanzen und niedrige Baulandpreise erleichtern Unternehmensansiedlungen und lassen den Traum vom Eigenheim für viele Realität werden.

Natürlich bleibt der Konvergenzprozess eine Daueraufgabe. Südthüringen hat in puncto Wirtschaftskraft pro Einwohner bereits erste Regionen in den alten Bundesländern überholt, liegt insgesamt aber noch unter dem Bundesdurchschnitt. Auch die Produktivität hängt mit der regionalen Wirtschaftsstruktur zusammen und

weist weiteres Entwicklungspotenzial auf. Besonders im Ausbau schneller digitaler Netze liegt beispielsweise noch Nachholbedarf. Gerade hier entscheidet sich, wie zukunftsfähig der Standort in der nächsten Dekade sein wird.

Um diese positive Entwicklung künftig sicherzustellen, ist eine Verschleppung von Investitionen und Reformen brandgefährlich. Es braucht tiefgreifende strukturelle Reformen und ein Mindset-Wechsel auf Landes- und Bundesebene und ebenso durch die EU-Kommission. Die standortpolitischen Herausforderungen sind enorm: geopolitische Veränderungen, globale Wettbewerbsverschiebungen und demografischer Wandel verlangen entschlossenes Handeln. Nur durch verlässliche Rahmenbedingungen, weniger Regulierung und eine klare industrie- und innovationsfreundliche Politik kann der Wirtschaftsstandort Deutschland im internationalen Vergleich bestehen und Regionen wie Südthüringen nachhaltig stärken.

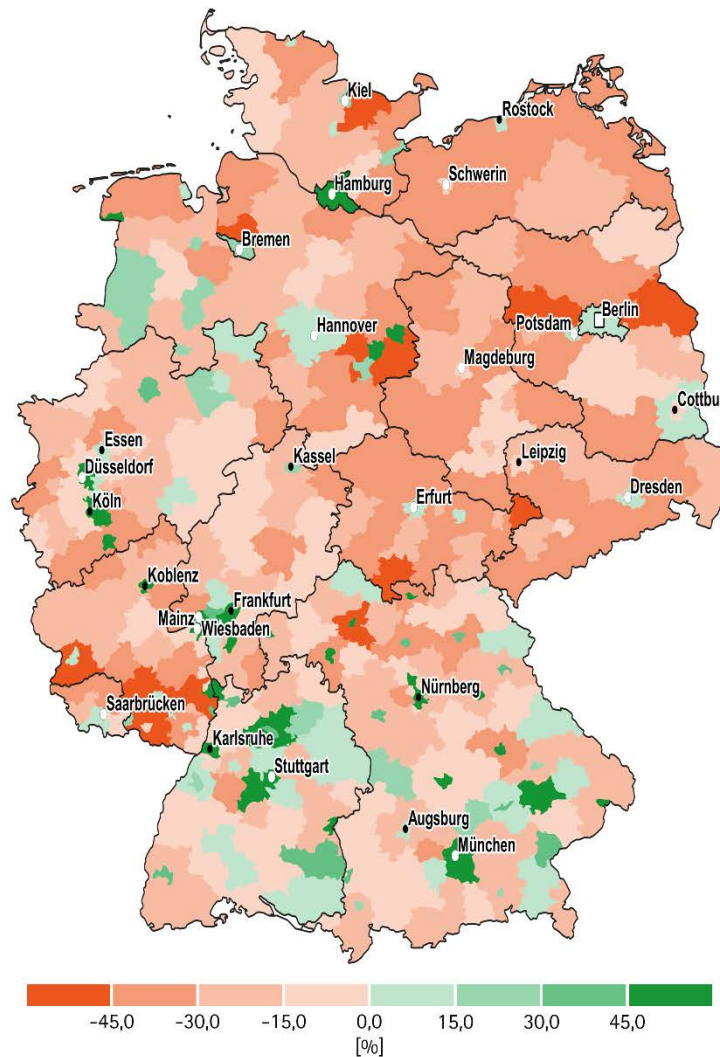
Insgesamt zeigt sich: Südthüringen ist nicht nur auf einem guten Weg. Die Region ist längst ein Beispiel dafür, wie Zusammenwachsen gelingt. Entscheidend wird

sein, die vorhandenen Stärken auszubauen: durch Investitionen in Digitalisierung und Infrastruktur, durch die Sicherung und Qualifizierung von Fachkräften, eine konsequente Nutzung der bestehenden Standortvorteile sowie ein stetiges Anpassen der Geschäftsmodelle. Dann kann Südthüringen nicht nur aufholen, sondern selbst Impulsgeber für andere Regionen werden.

Im Rahmen ihrer Untersuchung hat die IHK Südthüringen 58 verschiedene wirtschaftliche Indikatoren für die 400 deutschen Landkreise und kreisfreien Städte verglichen. Zur Veranschaulichung erfolgt die Darstellung in Form von Deutschlandkarten, auf denen die Landkreise je nach Ausprägung des Indikators unterschiedlich eingefärbt sind. Das Kartenwerk lädt ein zur Detailarbeit. Jeder Indikator sollte für sich genommen betrachtet werden. Häufig ergibt sich gerade für die eigene Region die Erkenntnis, wie weit die Angleichung bereits fortgeschritten ist oder zu welchen Regionen Gleichwertigkeit erzielt wurde

Ergebnisse des Kreisvergleichs

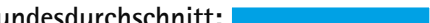
Abweichung des regionalen Bruttoinlandsprodukts je Einwohner vom Bundesdurchschnitt, 2022



Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, 2024
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Das regionale BIP pro Kopf ist ein Maß für die Wirtschaftskraft einer Region. Mit der Abweichung vom Bundesdurchschnitt lassen sich die regionalen Unterschiede sichtbar machen. Drei von vier Kommunen unterschreiten den Bundesdurchschnitt. Große Wirtschaftskraft ist vor allem in großstädtischen Räumen mit signifikanten Industrieansiedlungen zu finden. Als schwierig erscheint die Position von vier Landkreisen: Hildburghausen, Kusel, Rhein-Pfalz-Kreis und Südwestpfalz.

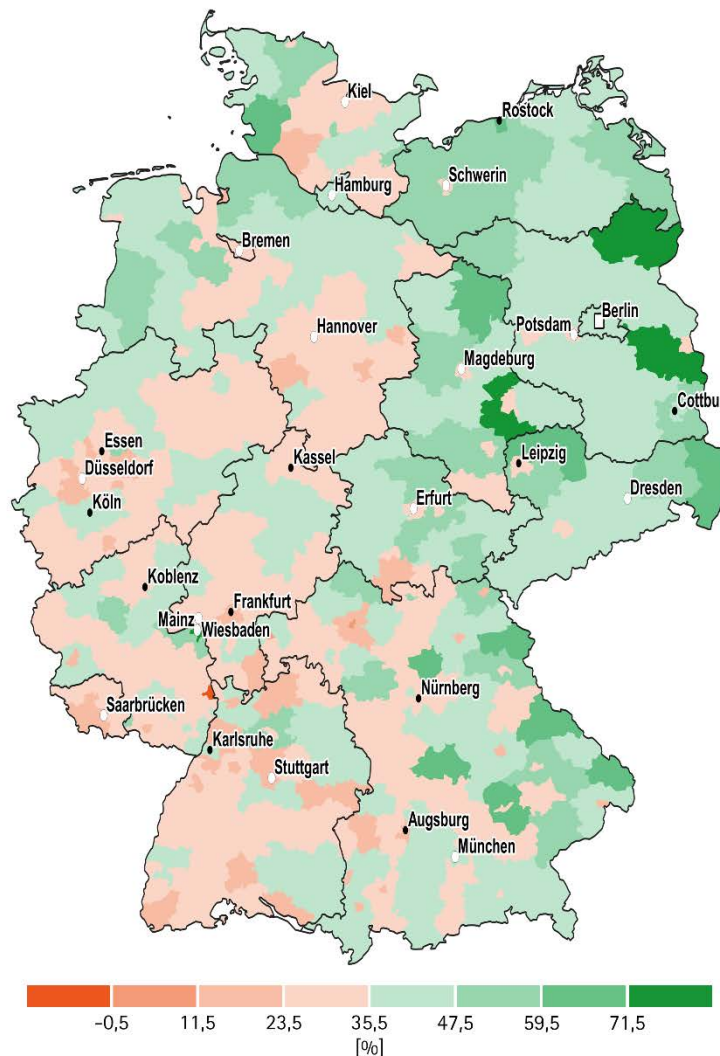
Bundesdurchschnitt:  46.264 Euro

Auf dem Bundesdurchschnitt:  Landkreis Mettmann

Minimum:  Landkreis Südwestpfalz, -61,2 Prozent

Maximum:  Landkreis Wolfsburg, 223,0 Prozent

Entwicklung des regionalen Bruttoinlandsprodukts je Einwohner, 2012-2022



Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, 2024
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Der Indikator misst die Wirtschaftsentwicklung in einem Zehn-Jahres-Zeitraum. In den meisten Kommunen wurde ein Wachstum zwischen zwanzig und vierzig Prozent erzielt. Stärkere Abweichungen nach oben gab es vor allem in vielen Regionen der neuen Bundesländer. Ein besonders heterogenes Bild ergibt sich für Bayern. Die dynamischsten Kommunen Thüringens waren der Ilm-Kreis, das Weimarer Land und der Saale-Orla-Kreis. Außergewöhnlich schwach war die Entwicklung im Landkreis Hildburghausen.

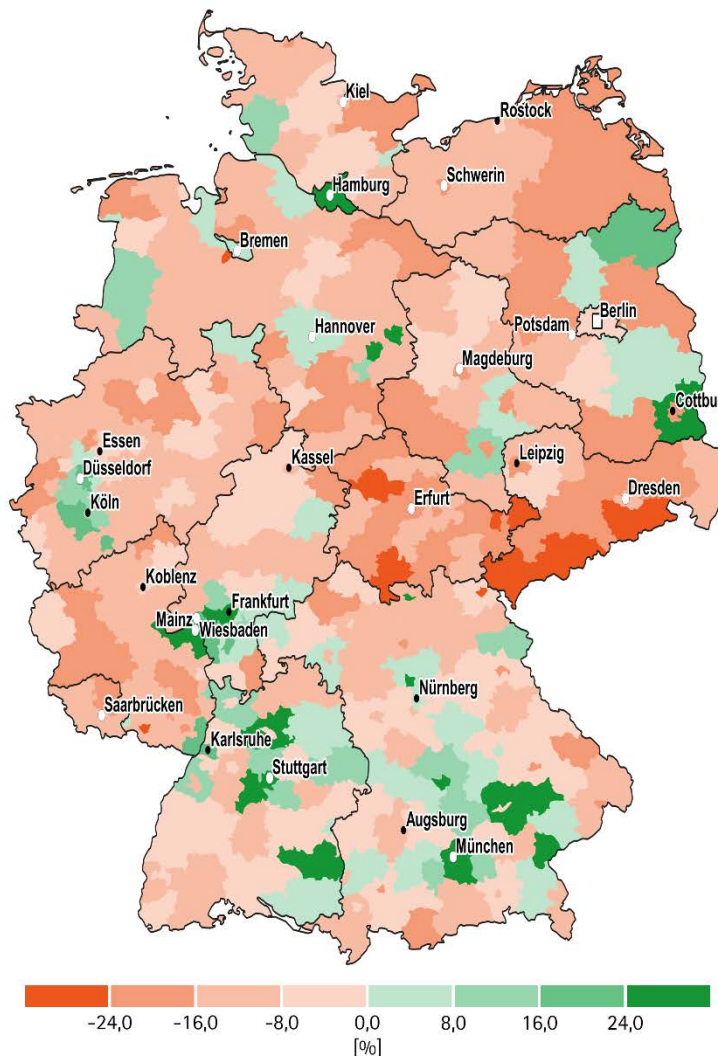
Bundesdurchschnitt: 35,5 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt: Landkreise Hersfeld-Rotenburg und Vechta

Minimum: Ludwigshafen am Rhein, -12,6 Prozent

Maximum: Mainz, 107,6 Prozent

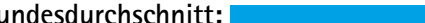
Abweichung des regionalen Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen vom Bundesdurchschnitt, 2022



Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, 2024
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Teilt man das regionale BIP durch die Zahl der Erwerbstätigen, ergibt sich ein Maß für die Arbeitsproduktivität. Mit der Abweichung vom Bundesdurchschnitt lassen sich die regionalen Unterschiede sichtbar machen. Drei von vier Kommunen unterschreiten den Bundesdurchschnitt. Die Standorte großer Industriebetriebe weisen die höchste Arbeitsproduktivität auf. In Thüringen liegen alle Standorte unter dem Bundesdurchschnitt. Die hohe Dichte an Zulieferern bewirkt in vielen Kommunen äußerst niedrige Werte.

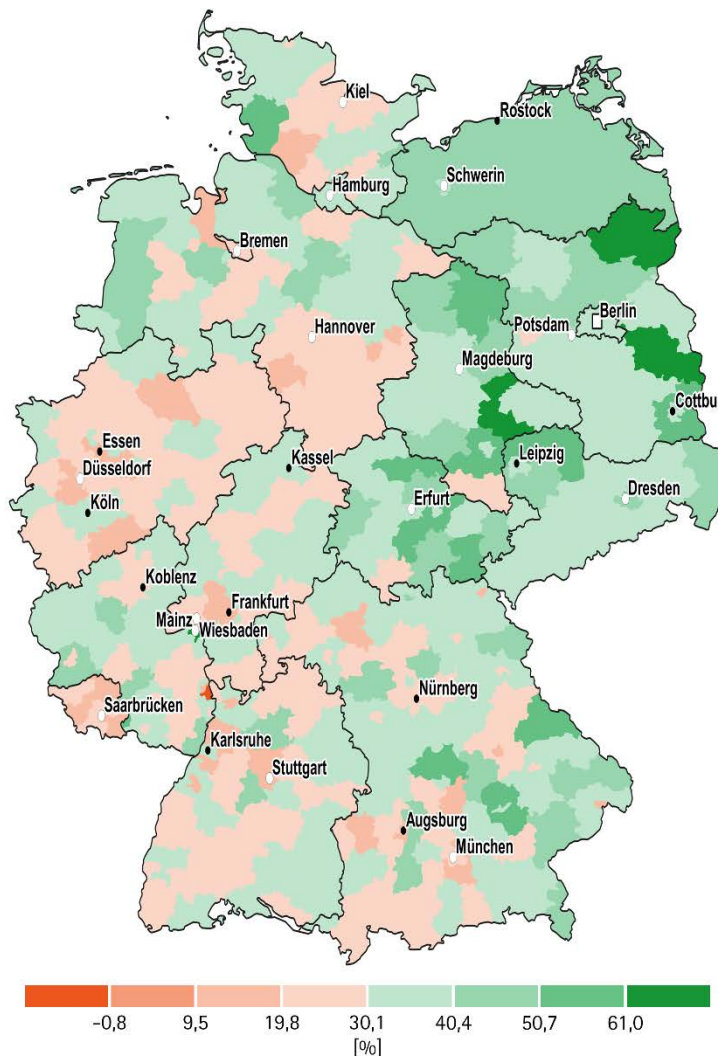
Bundesdurchschnitt:  85.025 Euro

Auf dem Bundesdurchschnitt:  Landkreise Alb-Donau-Kreis, Wetteraukreis und Landkreis
Erlangen-Höchststadt

Minimum:  Landkreis Hildburghausen, -32,2 Prozent

Maximum:  Ingolstadt, 85,6 Prozent

Entwicklung des regionalen Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen, 2012–2022



Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, 2024
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Der Indikator zeigt die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität in einem Zehn-Jahres-Zeitraum. Hierbei wiesen die meisten Standorte in den neuen Bundesländern ein höheres Produktivitätswachstum auf als die der alten Bundesländer. Die beste Entwicklung in Thüringen zeigte der Saale-Orla-Kreis, die schlechteste der Landkreis Hildburghausen. Doch selbst hier war das Wachstum höher als in mehr als 50 anderen Regionen vor allem aus den alten Bundesländern.

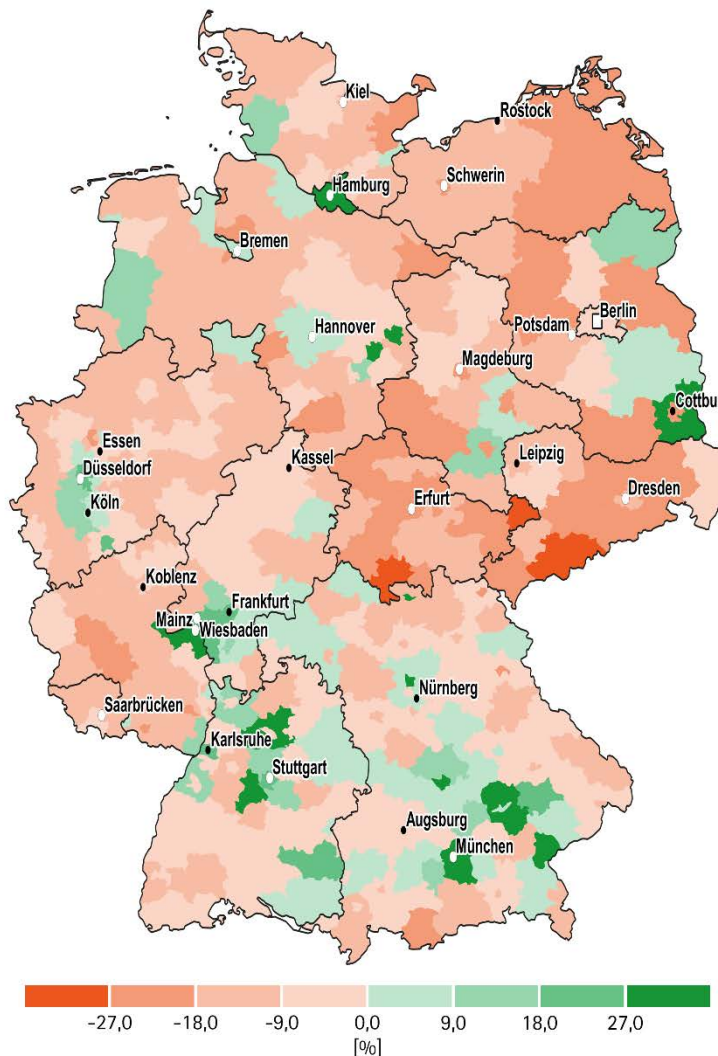
Bundesdurchschnitt: 30,1 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt: Landkreise Miesbach und Lahn-Dill-Kreis

Minimum: Ludwigshafen am Rhein, -10,9 Prozent

Maximum: Mainz, 108,0 Prozent

Abweichung des regionalen Bruttoinlandsprodukts je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen vom Bundesdurchschnitt, 2022



Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, 2024
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Teilt man das regionale BIP durch die zu seiner Erstellung notwendigen Arbeitsstunden, ergibt sich ein präzises Maß für die regionale Arbeitsproduktivität, weil nicht wenige Erwerbstätige weniger Arbeitsstunden leisten, als dies die gesetzliche Regelarbeitszeit vorsieht. Tatsächlich fallen die Unterschiede jedoch gering aus.

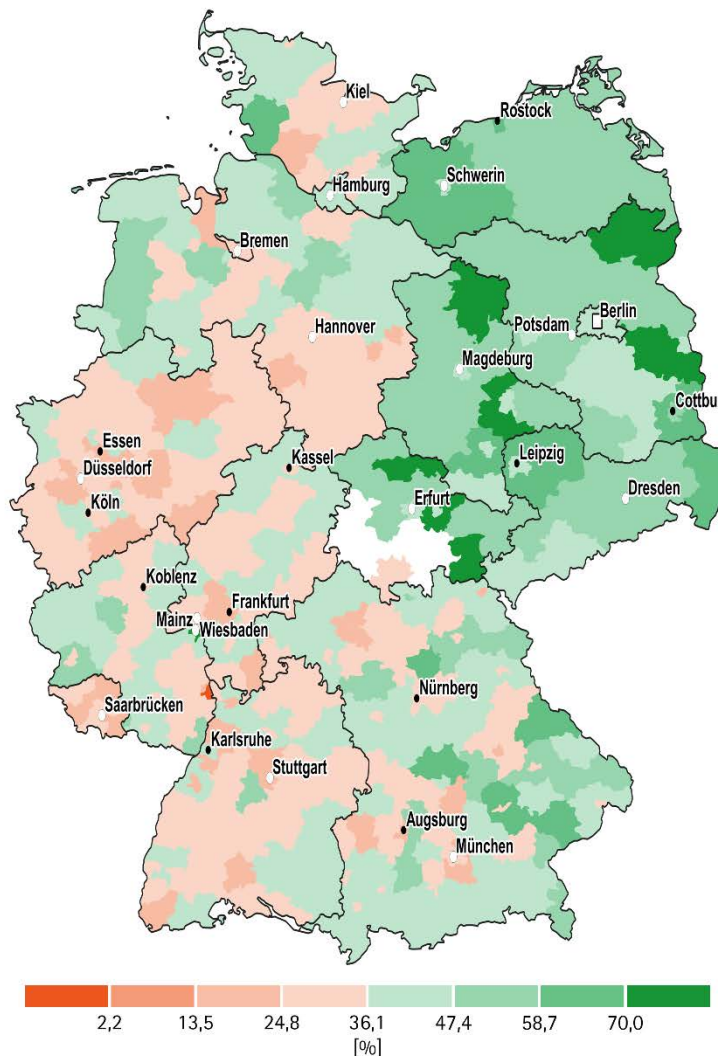
Bundesdurchschnitt:  63,12 Euro

Auf dem Bundesdurchschnitt:  Wetteraukreis

Minimum:  Landkreis Hildburghausen,
34,3 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt

Maximum:  Ingolstadt, 83,8 Prozent über dem Bundesdurchschnitt

Entwicklung des regionalen Bruttoinlandsprodukts je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen, 2012–2022



Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, 2024
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Der Indikator zeigt die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Stundenproduktivität in einem Zehn-Jahres-Zeitraum. Das Verfahren, anstelle von Köpfen Arbeitsstunden zu zählen, führt an fast allen Standorten zu höheren Wachstumsraten. Vor allem in den neuen Bundesländern ist es zu einem kräftigen Wachstum der Arbeitsproduktivität gekommen.

Bundesdurchschnitt: 36,1 Prozent

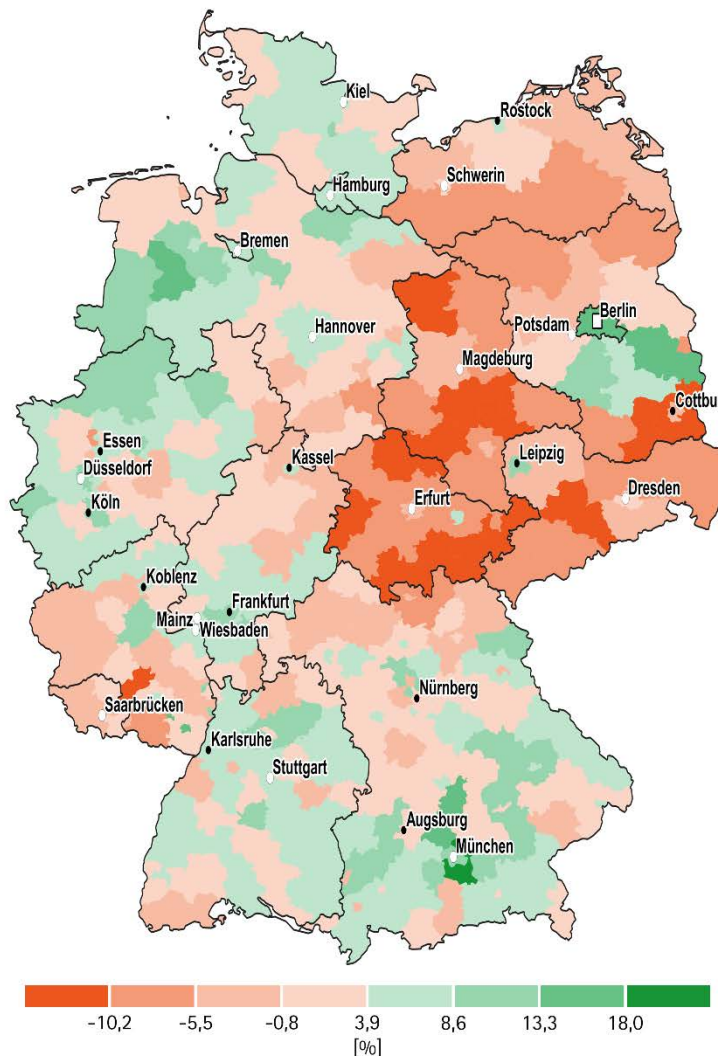
Auf dem Bundesdurchschnitt: Landkreis Main-Spessart

Minimum: Ludwigshafen am Rhein, -9,0 Prozent

Maximum: Mainz, 118,1 Prozent

Für Suhl und die Landkreise Ilm-Kreis, Saalfeld-Rudolstadt, Schmalkalden-Meiningen, Sonneberg und Wartburgkreis liegen für 2012 keine Werte vor.

Entwicklung des Arbeitsvolumens, 2013–2023



Datenquelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung der Länder“, 2025
 Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Das Standard-Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen gibt an, wie viele Stunden binnen eines Jahres in einer Region gearbeitet wurde. Hier wird die Entwicklung des Arbeitsvolumens innerhalb eines Zehn-Jahres-Zeitraums gezeigt. Tendenziell ergab sich eine Zunahme des Arbeitsvolumens in den alten Bundesländern, die durch die Aktivierung eines Teils der Stillen Reserve hervorgerufen wurden. In den neuen Bundesländern gibt es viele Regionen mit rückläufigem Arbeitsvolumen, die man als Angleichung der Arbeitsbedingungen verstehen kann: Der demografische Wandel und der Anstieg der Teilzeitbeschäftigung machen sich bemerkbar.

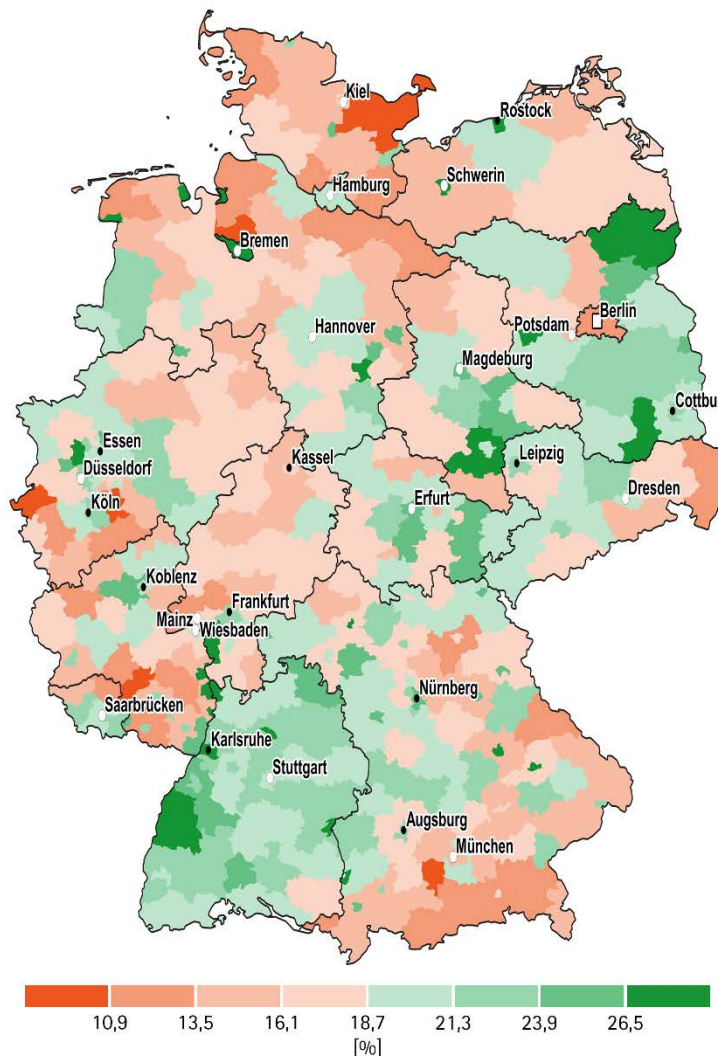
Bundesdurchschnitt: 3,9 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt: Landkreis Aurich

Minimum: Landkreis Sonneberg, -18,9 Prozent

Maximum: Landkreis München, 18,6 Prozent

Anteil der Industrie- und Gewerbefläche an der Siedlungsfläche, 2023



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Der Indikator weist den regionalen Flächenverbrauch für Industrie und Gewerbe aus. Die regionale Streuung ist hoch. In Thüringen erreichen vor allem Erfurt, der Saale-Orla-Kreis, der Saale-Holzland-Kreis und der Ilm-Kreis deutschlandweit sehr gute Werte.

In unserer Vorgängerstudie wurden Daten von 2017 verwendet, die ein anderes Ergebnis zeigten. Seither hat sich die statistische Methodik verändert. Eine Vergleichbarkeit besteht nicht. Die IHK Südthüringen dankt dem Thüringer Landesamt für Statistik für diesen Hinweis.

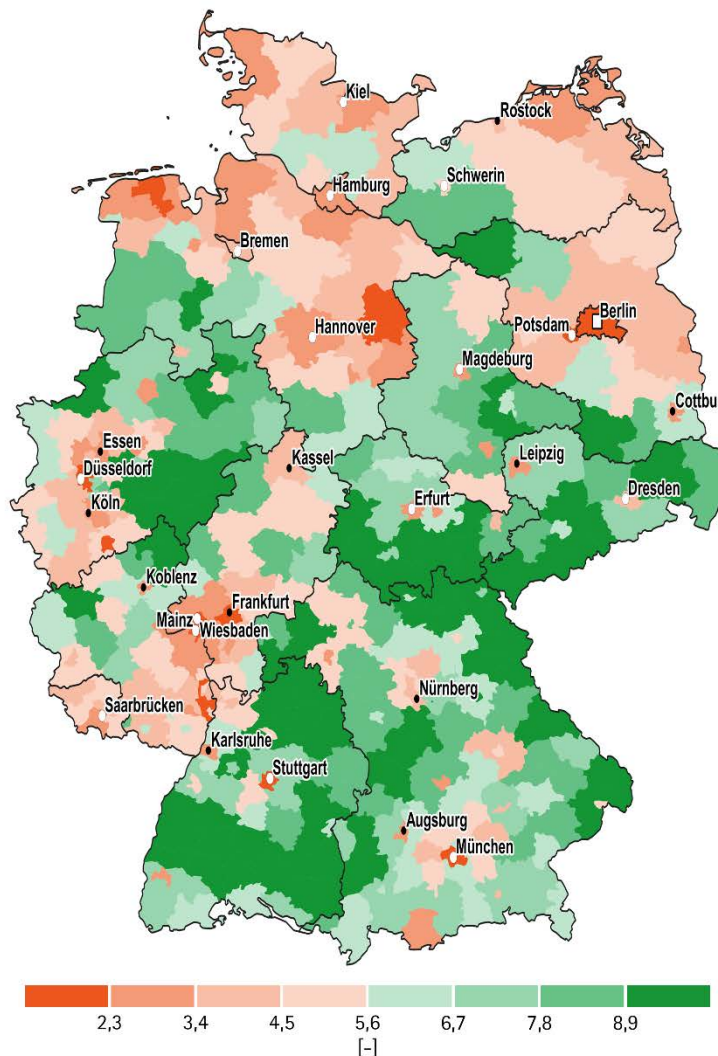
Bundesdurchschnitt:  18,7 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt:  Wuppertal

Minimum:  Landkreis Plön, 8,5 Prozent

Maximum:  Salzgitter, 41,7 Prozent

Industriebetriebe (mit 20 und mehr Beschäftigten) je 10.000 Einwohner, 2023



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Die Bedeutung der Industrie für eine Region lässt sich ermitteln, indem die Zahl der Betriebe in Beziehung zur Einwohnerzahl gesetzt wird. Abgesehen von den Städten Erfurt, Gera und Weimar ist Thüringen ein einziges Industriegebiet. Zusammenhängende Industriegebiete finden sich außerdem in Bayern im an Thüringen angrenzenden fränkischen Raum sowie im Regierungsbezirk Niederbayern, in Baden-Württemberg in den Regierungsbezirken Freiburg und Tübingen, in Nordrhein-Westfalen in den Regierungsbezirken Arnsberg und Detmold sowie in Sachsen in der Region Erzgebirge, Mittelsachsen und Vogtland.

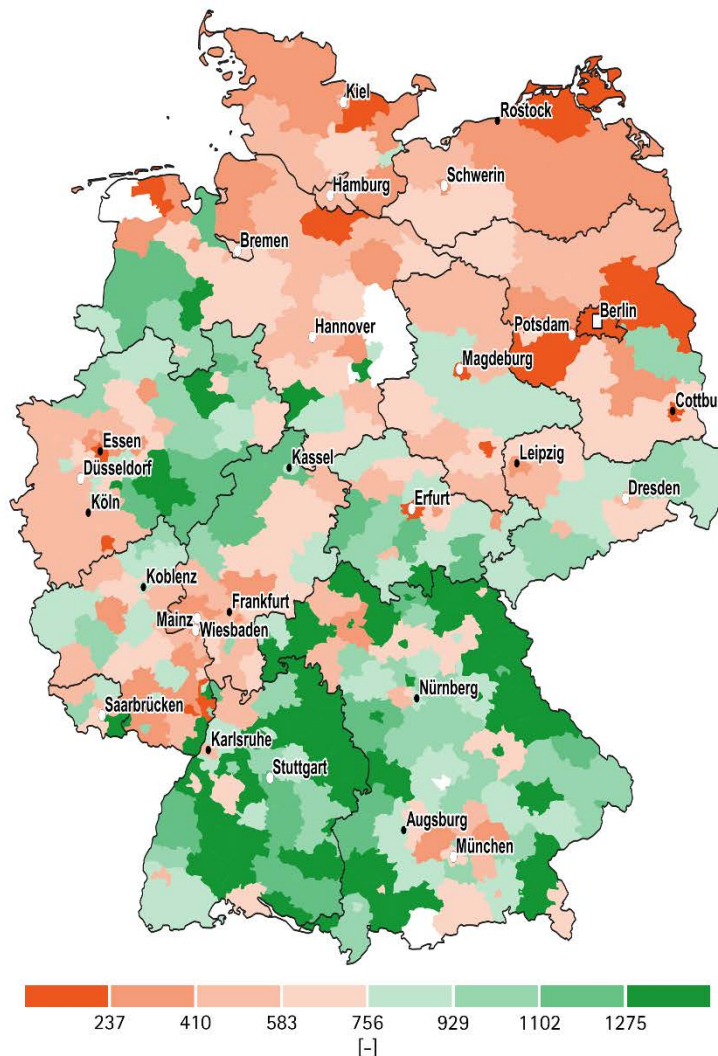
Bundesdurchschnitt: 5,6 Industriebetriebe je 10.000 Einwohner

Auf dem Bundesdurchschnitt: Landkreis Marburg-Biedenkopf.

Minimum: Offenbach am Main,
1,4 Industriebetriebe je 10.000 Einwohner

Maximum: Tuttlingen, 19,7 Industriebetriebe je 10.000 Einwohner

Industriebeschäftigte (in Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten) je 10.000 Einwohner, 2023



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Die Bedeutung der Industrie für eine Region lässt sich auch ermitteln, indem die Zahl der Industriebeschäftigten in Beziehung zur Einwohnerzahl gesetzt wird. Das Thüringer Bild erinnert an die Betriebe je 10.000 Einwohner. Eine andere zusammenhängende Region bilden die Bundesländer Bayern (vom Regierungsbezirk Oberbayern nur einzelne Kreise) und Baden-Württemberg. Hinzu kommen Landkreise und Städte, in denen große Industriebetriebe ihren Sitz haben.

Bundesdurchschnitt:  756,7 Industriebeschäftigte je 10.000 Einwohner

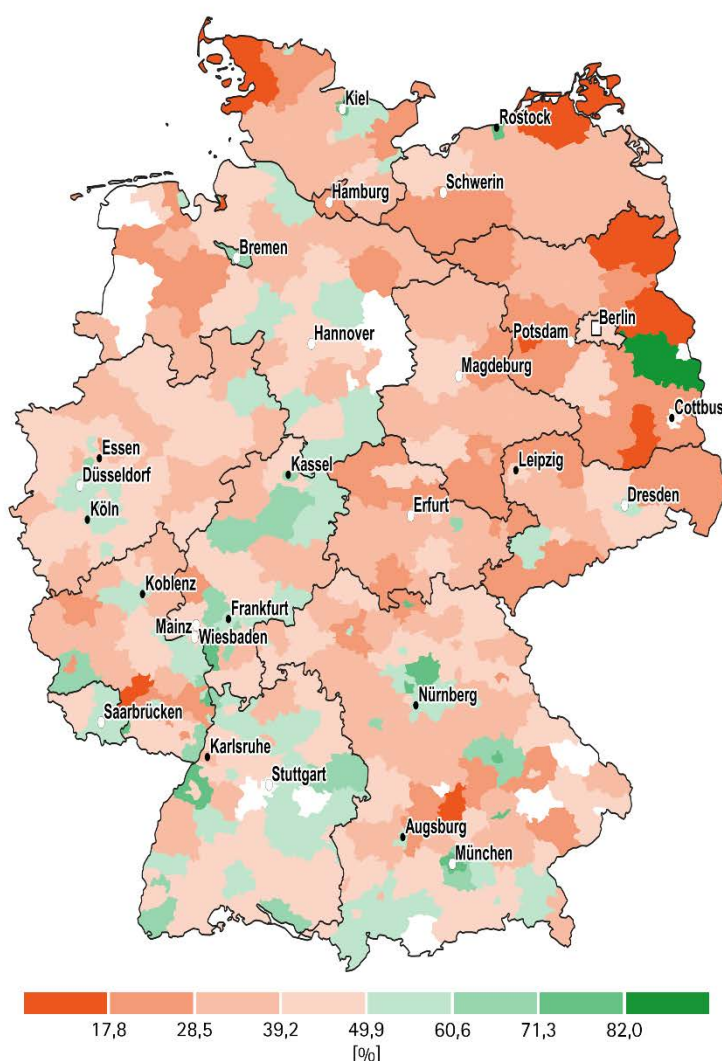
Auf dem Bundesdurchschnitt:  Landkreis Nordhausen.

Minimum:  Potsdam, 64,4 Industriebeschäftigte je 10.000 Einwohner

Maximum:  Schweinfurt, 4.332,8 Industriebeschäftigte je 10.000 Einwohner

Aus Gründen der statistischen Geheimhaltung wurden für die Städte Emden, Ingolstadt und Wolfsburg sowie für die Landkreise Aurich, Garmisch-Patenkirchen, Gifhorn, Helmstedt und Wolfenbüttel keine Daten veröffentlicht.

Exportquote der Industrie, 2023



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Jeden zweiten Euro setzen Industriebetriebe mit 20 und mehr Beschäftigten im Ausland um. Die geografische Streuung der Exportquote ist jedoch groß und liegt in drei von vier Landkreisen und Städten unter dem Bundesdurchschnitt. In Thüringen weist lediglich Jena eine überdurchschnittliche Exportquote auf. Außerordentlich niedrige Exportquoten finden sich in den Landkreisen Altenburger Land, Sömmerda und Unstrut-Hainich-Kreis.

Bundesdurchschnitt: 49,9 Prozent

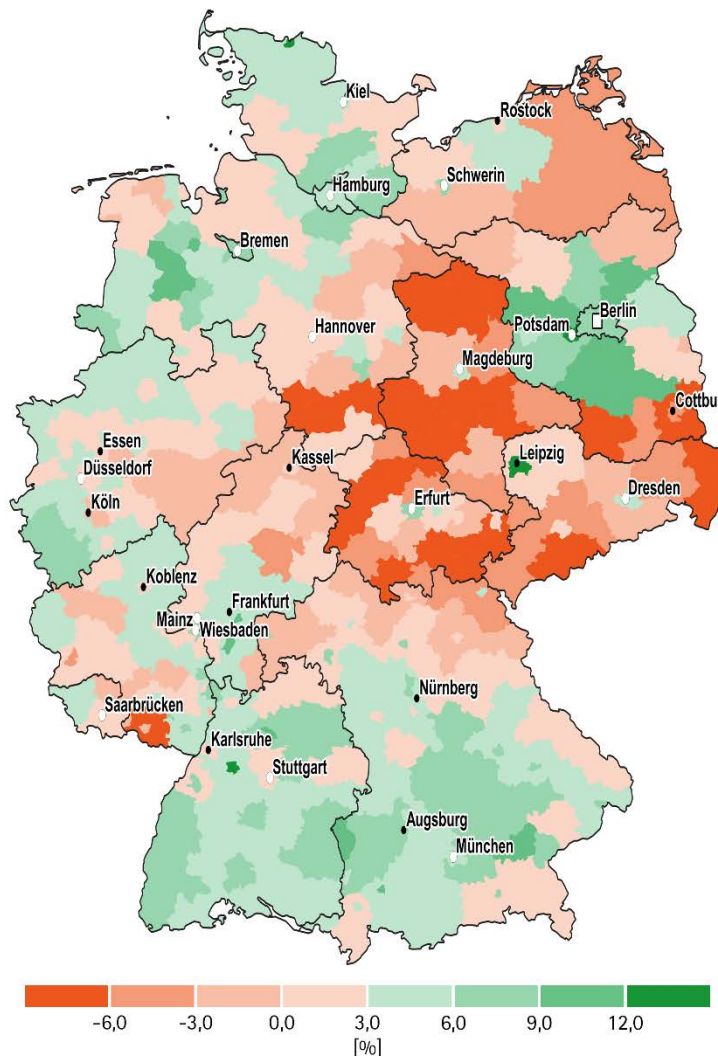
Auf dem Bundesdurchschnitt: Landkreise Soest und Zwickau.

Minimum: Landkreis Oberspreewald-Lausitz, 7,0 Prozent

Maximum: Landkreis Oder-Spree, 86,1 Prozent

Aus Gründen der statistischen Geheimhaltung wurden für die Städte Cottbus, Emden, Frankfurt (Oder) In-
golstadt, Passau, Stuttgart und Wolfsburg sowie für die Landkreise Aurich, Böblingen, Dingolfing-Landau, Ems-
land, Garmisch-Patenkirchen, Gifhorn, Göppingen, Helmstedt, Regen und Wolfenbüttel keine Daten veröffent-
licht.

Veränderung der Zahl der Einwohner, 2014–2024



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Die Bevölkerungsentwicklung wird von der natürlichen Bevölkerungsbewegung und Migration beeinflusst. Hierbei bilden drei von vier Landkreisen und Städten Wachstumsregionen. In den ostdeutschen Flächenländern, weiten Teilen des Regierungsbezirks Oberfranken und im westlichen Harz ist die Bevölkerung in vielen Regionen rückläufig.

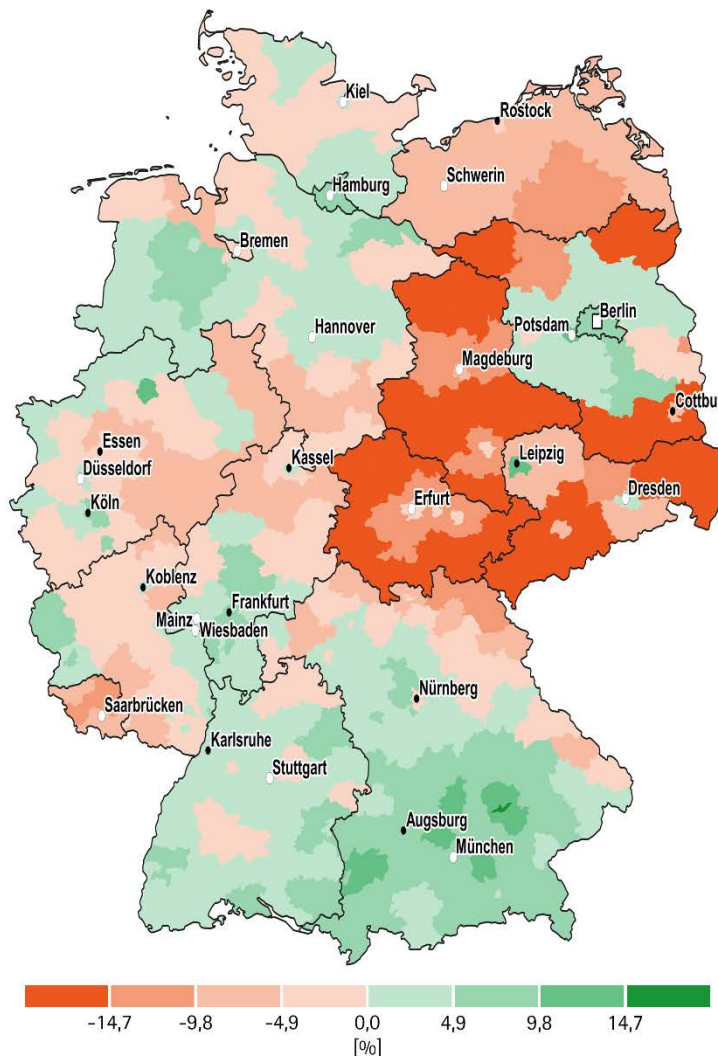
Bundesdurchschnitt: 2,9 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt: Landkreis Oberallgäu

Minimum: Dessau-Roßlau, -9,2 Prozent

Maximum: Flensburg, 13,7 Prozent

Bevölkerungsprognose 2022 bis 2045



Datenquelle: BBSR-Bevölkerungsprognose, 2024
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Anhand von Merkmalen der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Fortschreibung von Migrationsdaten aus Jahren ohne besondere Merkmale lässt sich eine Prognose über die Bevölkerung 2045 abgeben. Danach wird insbesondere für den fränkischen Raum, das Saarland und die ostdeutschen Flächenländer ein erheblicher Bevölkerungsrückgang erwartet.

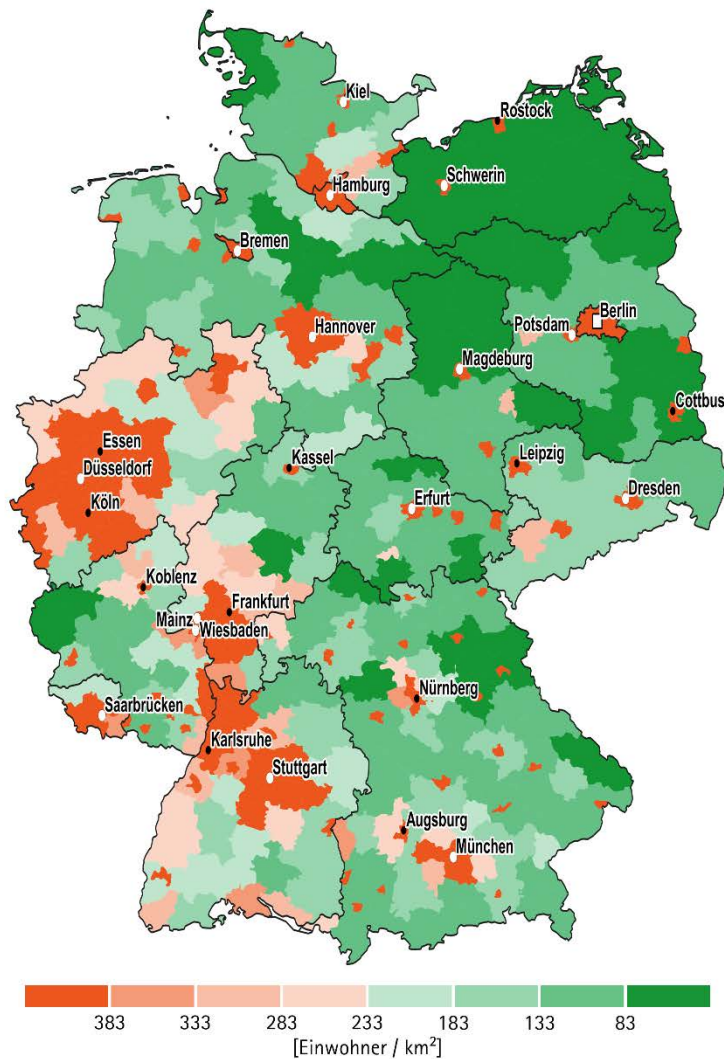
Bundesdurchschnitt: 0,0 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt: Landkreis Märkisch-Oderland

Minimum: Landkreis Mansfeld-Südharz, -24,7 Prozent

Maximum: Landshut, 14,9 Prozent

Bevölkerungsdichte (Einwohner je Quadratkilometer), 2023



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
 Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Mit dieser Kennzahl wird der Umfang der Besiedelung in einer Region dargestellt. In 217 der 400 Kommunen leben unterdurchschnittlich viele Menschen. Lediglich das Ruhrgebiet, die Pfalz sowie die Regierungsbezirke Stuttgart ohne Hohenlohe und Schwäbische Alb, Karlsruhe ohne den Schwarzwald und der Regierungsbezirk Darmstadt ohne den Odenwald und das Rheingau können als zusammenhängende dichter besiedelte Regionen gelten. Ballungsgebiete und Städte weisen höhere, zum Teil sehr hohe Werte auf.

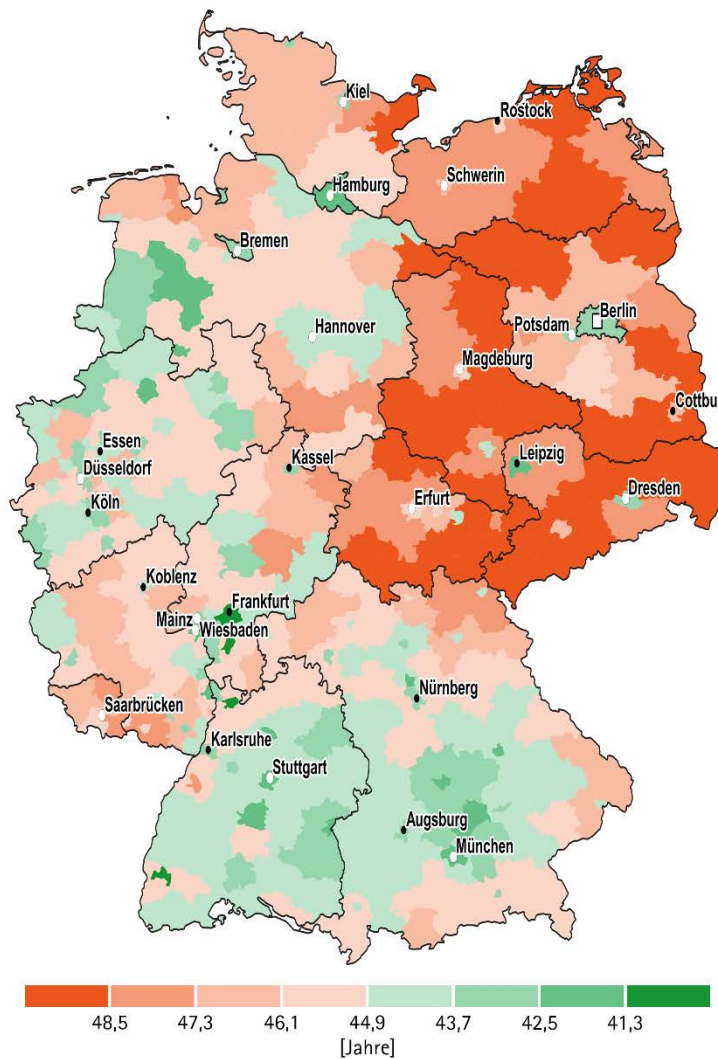
Bundesdurchschnitt: 233 Einwohner je Quadratkilometer

Auf dem Bundesdurchschnitt: Landkreis Schaumburg

Minimum: Altmarkkreis Salzwedel, 35,1 Einwohner je Quadratkilometer

Maximum: München, 4791,5 Einwohner je Quadratkilometer

Durchschnittsalter der Bevölkerung, 2023



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
 Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Das Durchschnittsalter der Bevölkerung erlaubt Rückschlüsse über das weitere demografische und wirtschaftliche Entwicklungspotential einer Region. Vergleichsweise jugendliche Kommunen finden sich im Schwarzwald und im bayrischen Regierungsbezirk Schwaben. Die Kommunen der ostdeutschen Flächenländer weisen meistens eine ältere Bevölkerung als der Bundesdurchschnitt auf.

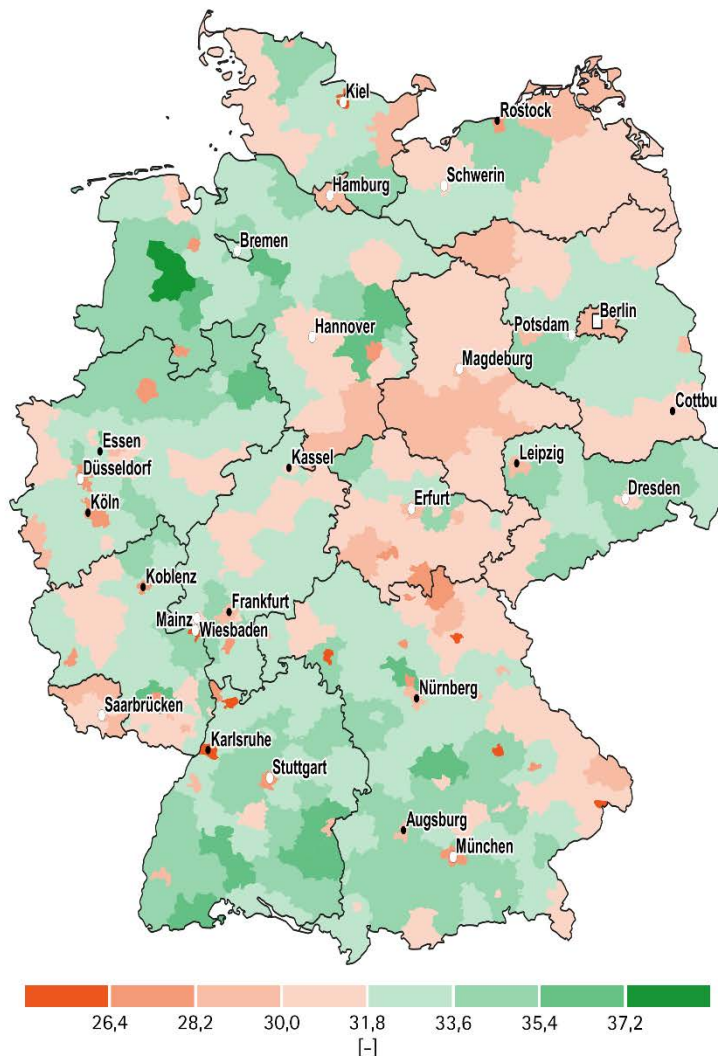
Bundesdurchschnitt: 44,9 Jahre

Auf dem Bundesdurchschnitt: Erfurt und die Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Darmstadt, Leer, Minden-Lübbecke, Osnabrück, Warendorf und Weilheim-Schongau

Minimum: Heidelberg, 40,0 Jahre

Maximum: Suhl, 51,6 Jahre

Jugendquotient, 2024



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
 Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Der Jugendquotient beschreibt das Verhältnis der jungen Bevölkerung (unter 20 Jahre) zur Bevölkerung im Erwerbsalter (20 bis unter 65 Jahre). Hierbei erscheinen die alten Bundesländer als heterogener als die neuen Bundesländer. Vor allem etliche größere Städte weisen unterdurchschnittliche Werte auf. In Thüringen weisen die Landkreise Eichsfeld und Weimarer Land die höchsten Werte auf und Suhl und der Landkreis Sonneberg die niedrigsten Werte auf.

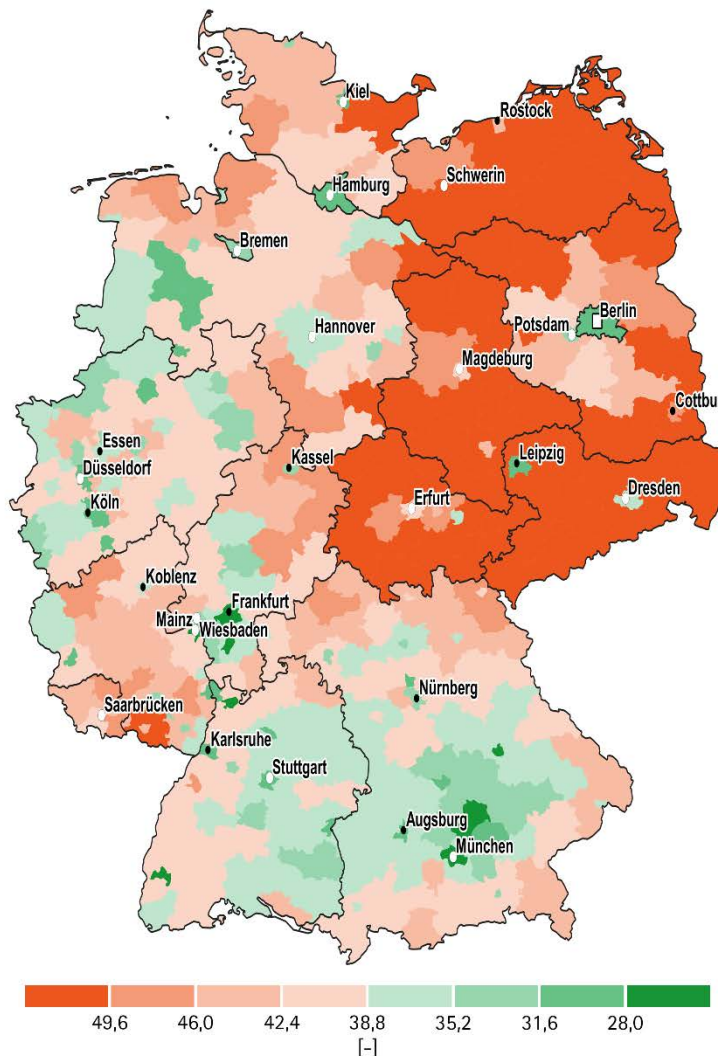
Bundesdurchschnitt: 31,8

Auf dem Bundesdurchschnitt: Dresden, Dortmund, Ingolstadt, Krefeld und Wiesbaden sowie die Landkreise Berchtesgadener Land, Bernkastel-Wittlich, Börde, Nordhausen, Nordwestmecklenburg, Saalekreis, Schwalm-Eder-Kreis, Südliche Weinstraße, Wolfenbüttel und Zwickau.

Minimum: Würzburg, 23,3

Maximum: Landkreis Cloppenburg, 37,5

Altenquotient, 2024



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Der Altenquotient beschreibt das Verhältnis der älteren Bevölkerung (65 Jahre und älter) zur Bevölkerung im Erwerbsalter (20 bis unter 65 Jahre). Er ist der determinierende Faktor für das höhere Durchschnittsalter in den neuen Bundesländern. In den alten Bundesländern werden hingegen nur vereinzelt, z. B. in den Landkreisen Lüchow-Dannenberg und Südwestpfalz hohe Werte erzielt.

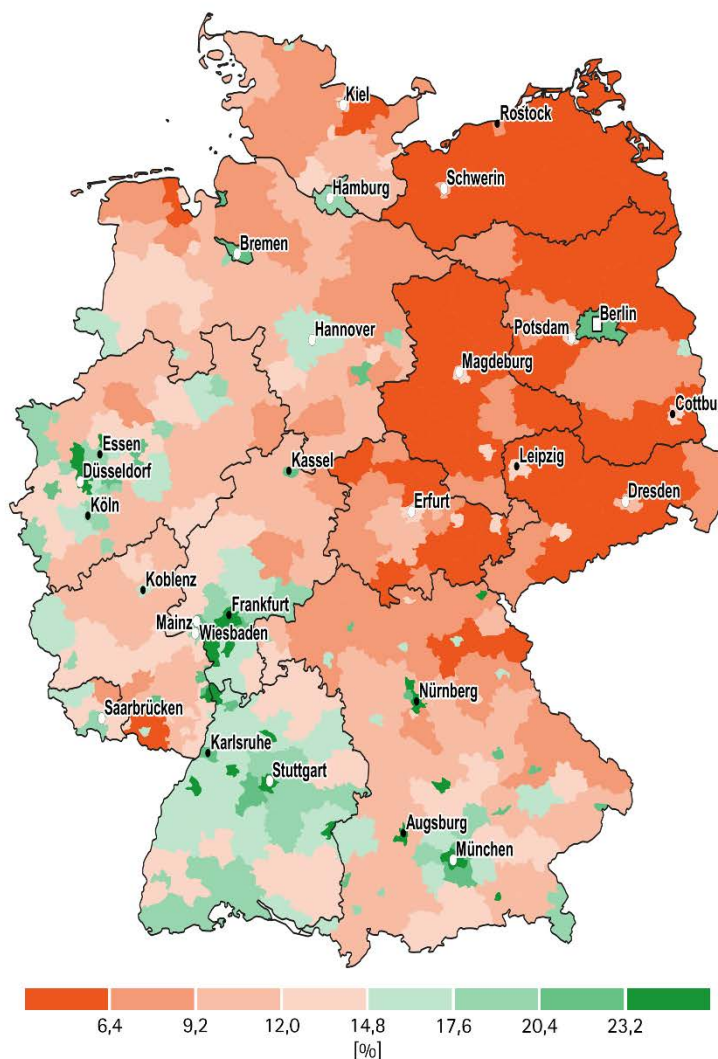
Bundesdurchschnitt: 38,8

Auf dem Bundesdurchschnitt: Delmenhorst und die Landkreise Calw, Delmenhorst und Main-Kinzig-Kreis

Minimum: Frankfurt am Main, 24,4

Maximum: Suhl, 67,3

Ausländeranteil, 2023



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Der Ausländeranteil misst den Anteil der Einwohner mit nicht-deutscher Nationalität. Er weist eine hohe räumliche Streuung auf, fällt aber in den ostdeutschen Flächenländern sowie weiten Teilen von Schleswig-Holstein und Niedersachsen geringer als der Durchschnitt aus. In Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und im südlichen Hessen überwiegen überdurchschnittliche Anteile.

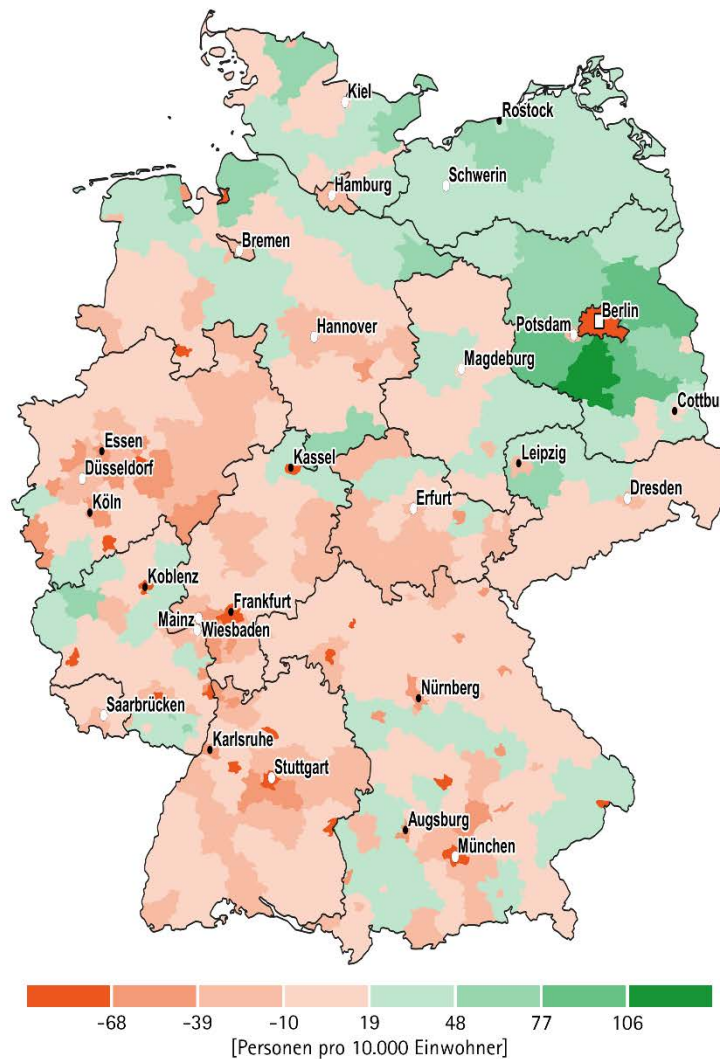
Bundesdurchschnitt: 14,8 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt: Rhein-Neckar-Kreis

Minimum: Erzgebirgskreis, 3,8 Prozent

Maximum: Offenbach am Main, 39,8 Prozent

Wanderungssaldo der Deutschen pro 10.000 Einwohner, 2023



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Wegen der großen Flüchtlingsströme und aufenthaltsrechtlicher Fragestellungen beschränken wir uns hier auf die Wanderung der Deutschen. Hierbei erfolgt eine Normierung auf 10.000 Einwohner. Auffällig ist, dass mehr als die Hälfte der Regionen Wegzugsregionen sind. Darunter sind auch etliche städtisch geprägte Regionen. Insgesamt gibt es eine starke Streuung. Starken Zustrom weist das Berliner Umland in Brandenburg auf.

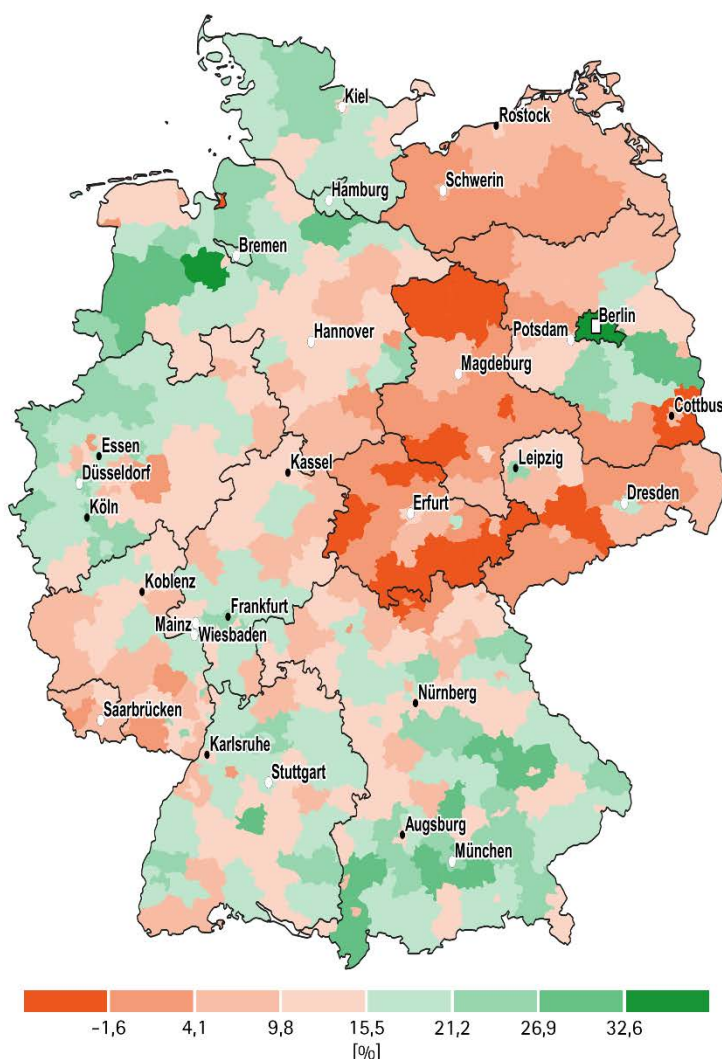
Bundesdurchschnitt: -10,4

Auf dem Bundesdurchschnitt: Ilm-Kreis und Ostalbkreis

Minimum: Stuttgart, -127,2

Maximum: Landkreis Teltow-Fläming, 117,0

Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort, 2014–2024



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Dieser Indikator zeigt die Veränderung auf dem Arbeitsmarkt infolge demografischer und ökonomischer Prozesse. Er weist eine große Streuung auf. Die Werte für Thüringen fallen in dieser Beziehung am eindeutigsten aus, weil lediglich die Städte Erfurt und Jena ein Beschäftigungswachstum von mehr als zehn Prozent realisieren konnten. In allen anderen Bundesländern ist die Spannbreite größer.

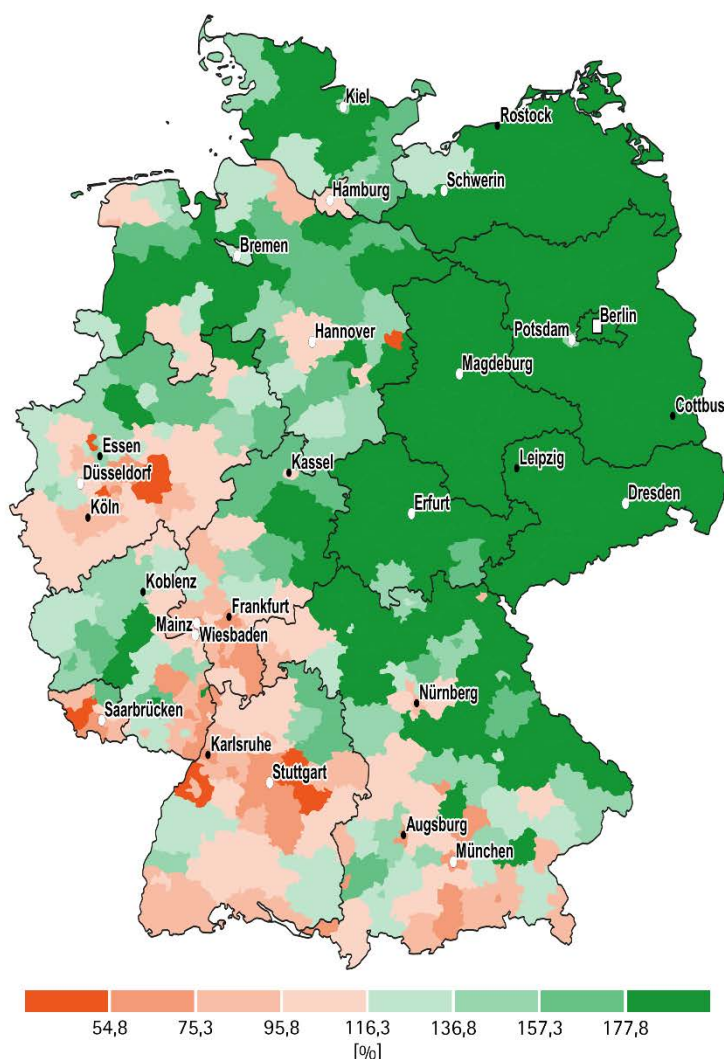
Bundesdurchschnitt: 15,5 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt: Landkreis Region Hannover

Minimum: Landkreis Sonneberg, -13,0 Prozent

Maximum: Berlin, 32,9 Prozent

Entwicklung der ausländischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort, 2014–2024



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Einen Zuwachs von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus dem Ausland hat es in den letzten zehn Jahren in allen Regionen in Deutschland gegeben. Hierbei spielte auch die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten eine Rolle. Besonders starke Zuwächse von ausländischen Beschäftigten gab es in den neuen Bundesländern. Hier war von zehn Jahren der Ausländeranteil in der Regel äußerst gering. Infolgedessen führt jede absolute Steigerung zu einem hohen prozentualen Wachstum.

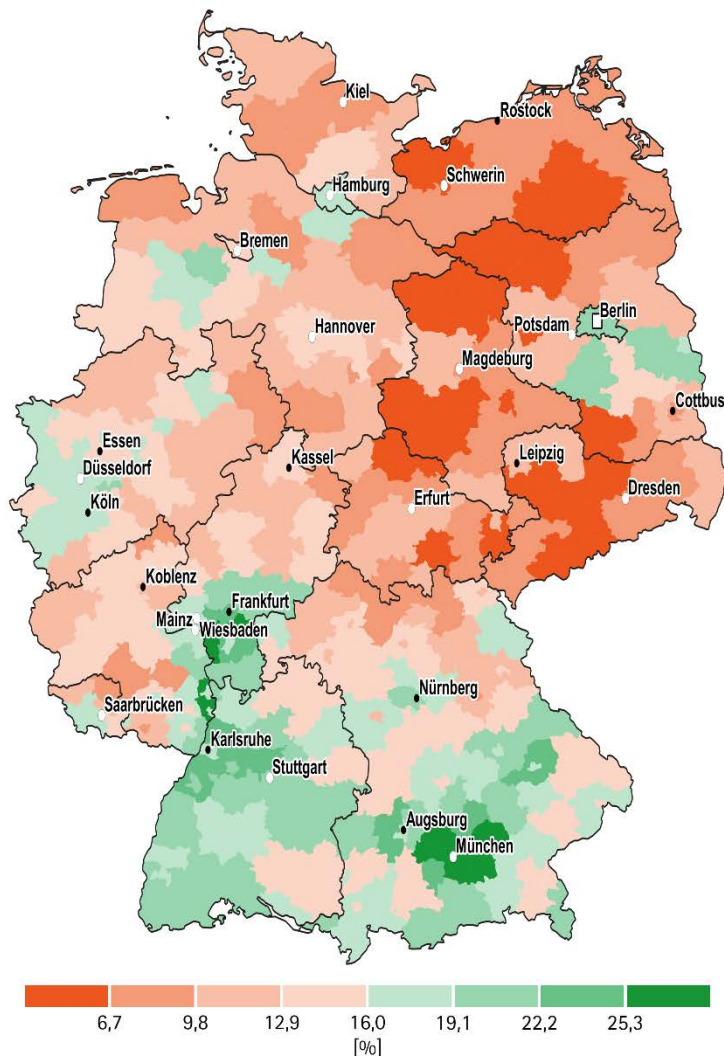
Bundesdurchschnitt:  116,3 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt:  Landkreis Herford

Minimum:  Märkischer Kreis, 34,2 Prozent

Maximum:  Landkreis Oder-Spree, 939,4 Prozent

Ausländeranteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort, 2024



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Der kräftige Anstieg der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit ausländischer Herkunft in den neuen Bundesländern darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Bundesdurchschnitt von 16 Prozent bislang nur in Frankfurt (Oder) und den Landkreisen Oder-Spree und Teltow-Fläming überschritten wird. 53 der 77 Kommunen in den neuen Bundesländern weisen einen einstelligen Ausländeranteil auf. In den alten Bundesländern betrifft dies nur 38 der 324 Kommunen. Angesichts steigender Fachkräfteengpässe benötigt daher vor allem der Osten Deutschlands eine bessere Zuwanderungskultur.

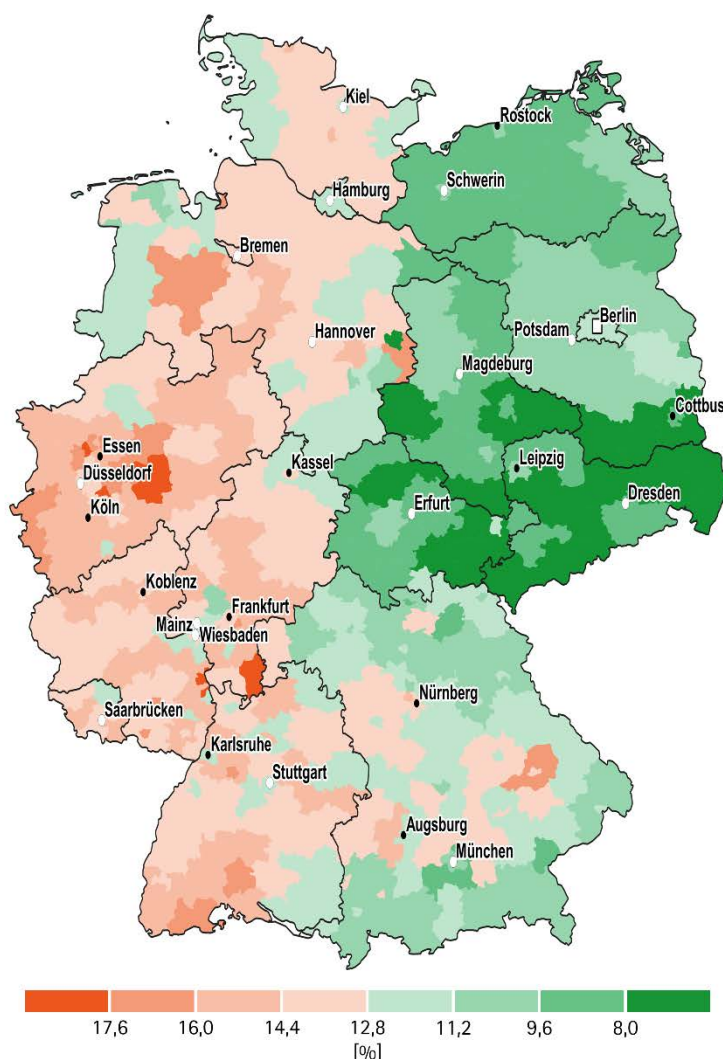
Bundesdurchschnitt:  16,0 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt:  Südliche Weinstraße

Minimum:  Landkreis Elbe-Elster, 3,8 Prozent

Maximum:  Offenbach am Main, 30,7 Prozent

Anteil der Beschäftigten ohne Berufsabschluss an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, 2024



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Der Anteil verrät, wie gut Jugendliche das Ausbildungs- und Hochschulsystem angenommen haben. Außerdem verrät er, wie aufnahmefähig der Arbeitsmarkt für Hilfsarbeiter ist. Neben regionalen Ausreißern werden besonders hohe Anteile in Nordrhein-Westfalen und im hessischen Regierungsbezirk Darmstadt erreicht. In den neuen Bundesländern sind die Anteile hingegen durchgängig gering.

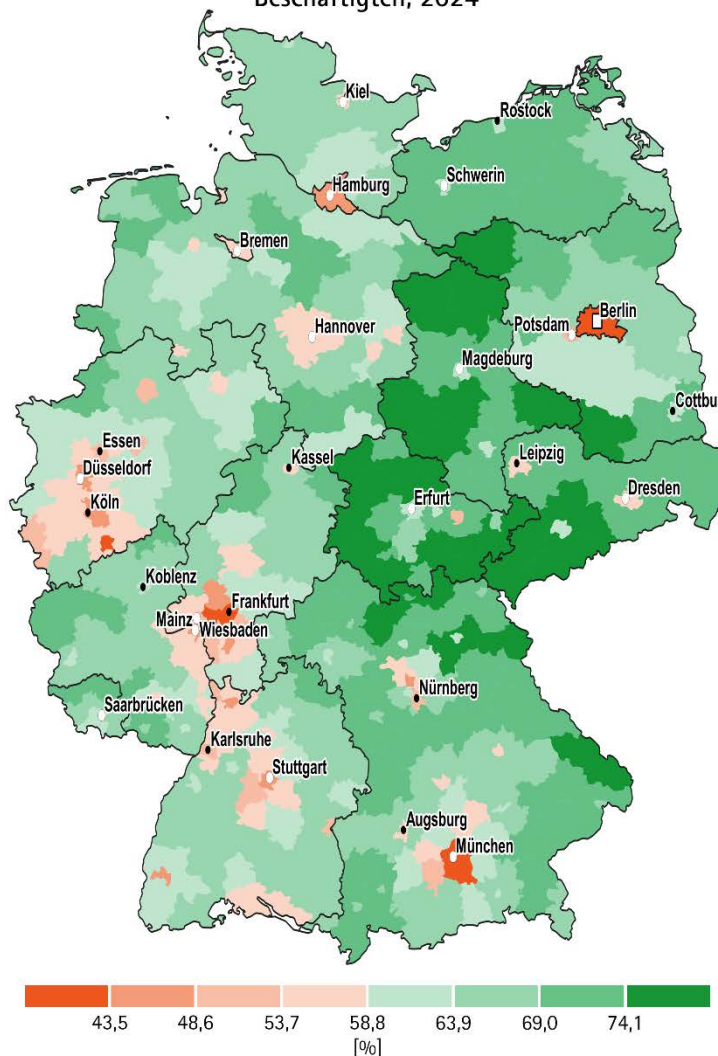
Bundesdurchschnitt: 12,8 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt: Landkreis Hildesheim

Minimum: Landkreis Elbe-Elster, 6,3 Prozent

Maximum: Solingen, 20,5 Prozent

Anteil der Beschäftigten mit dualem bzw. anerkanntem
Berufsabschluss an den sozialversicherungspflichtig
Beschäftigten, 2024



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Bayern ohne den Regierungsbezirk Oberbayern und die ostdeutschen Flächenländer bilden die Facharbeiterregionen schlechthin. Im Bundesdurchschnitt arbeiten sechs von zehn Beschäftigten als Facharbeiter, in den neuen Ländern ist dieser Anteil um bis zu ein Drittel höher. Demgegenüber weisen diese Regionen nur geringe Anteile an Akademikern und Ungelernten aus. Im industriellen Bereich findet die Produktion seltener auf den höheren Wertschöpfungsstufen statt. Eine Veränderung muss als gradueller Prozess erfolgen. Vorerst steht vor allem der Ersatz der Renteneinsteiger auf dem Programm.

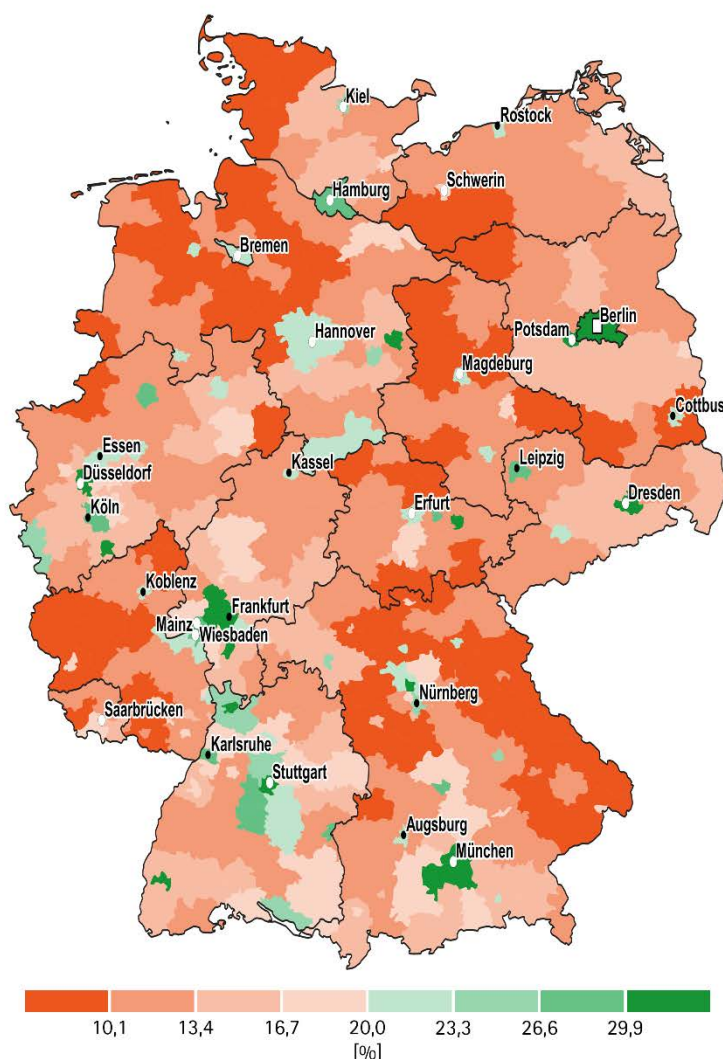
Bundesdurchschnitt:  58,8 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt:  Gelsenkirchen

Minimum:  München, 38,3 Prozent

Maximum:  Saale-Orla-Kreis, 79,0 Prozent

Anteil der Beschäftigten mit akademischem Abschluss an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, 2024



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

In 252 der 400 Kommunen wird ein Akademikeranteil von bis zu 15 Prozent erreicht. Dabei liegt der Bundesdurchschnitt weitere fünf Prozentpunkte oberhalb. Akademiker werden hauptsächlich in größeren Städten und Ballungsgebieten beschäftigt. Vor allem in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Bayern und den ostdeutschen Flächenländern gibt es viele Kommunen, in denen der Anteil unter zehn Prozent liegt. In Thüringen erreichen lediglich Jena und Weimar Spitzenwerte.

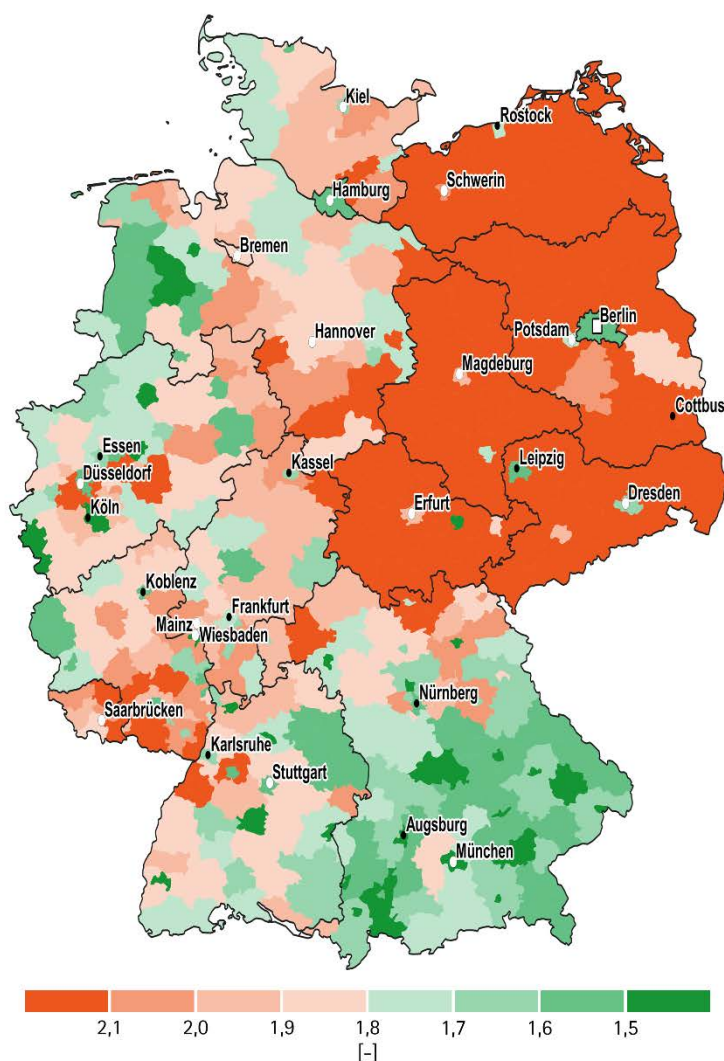
Bundesdurchschnitt:  20,0 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt:  Landkreis Gießen

Minimum:  Landkreis Südwestpfalz, 6,6 Prozent

Maximum:  München, 42,4 Prozent

Verhältnis der Beschäftigten über 50 Jahren zu denen unter 30 Jahren, 2024



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Der Indikator zeigt, wie viele ältere Beschäftigte auf einen jüngeren Beschäftigten kommen. Werte größer 1 lassen eine demografisch-bedingt rückläufige Zahl der Beschäftigten erwarten. Neben den ostdeutschen Flächenländern verfügen auch etliche Kommunen in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz über eine ungünstige Altersstruktur der Beschäftigten. Bemerkenswert ist außerdem, dass in allen Kommunen ein Überschuss der älteren über jüngeren Beschäftigten besteht.

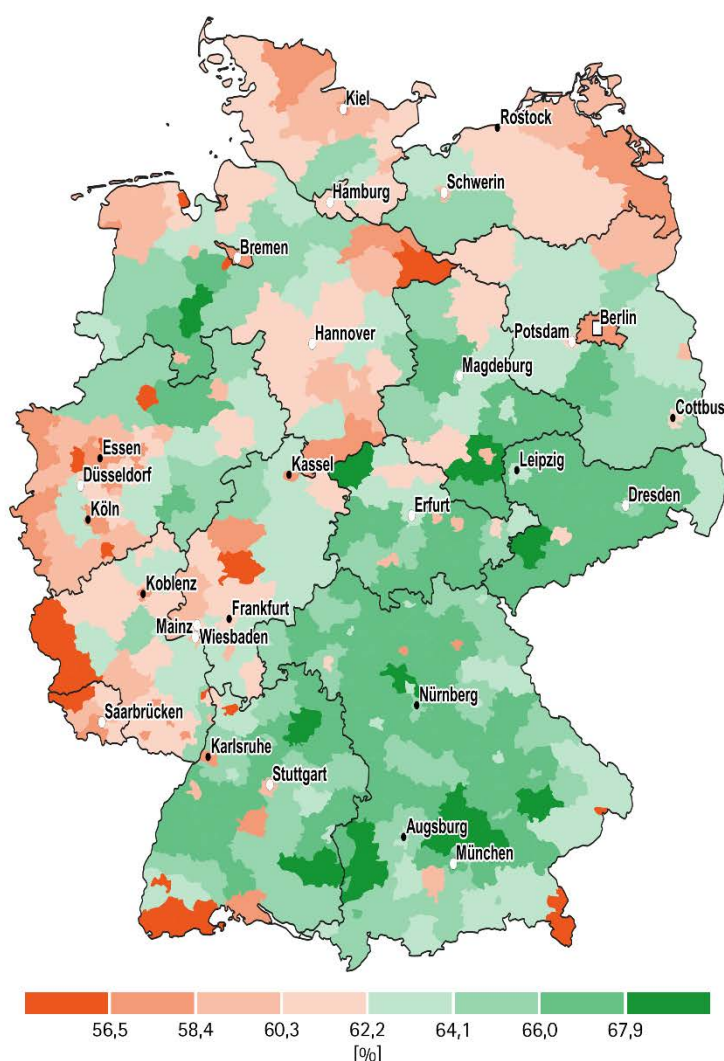
Bundesdurchschnitt: 1,8

Auf dem Bundesdurchschnitt: Schweinfurt

Minimum: Freiburg im Breisgau, 1,3

Maximum: Landkreis Elbe-Elster, 3,1

Beschäftigungsquote, Juni 2024



Datenquelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Die Höhe der Beschäftigungsquote ist in den meisten Kommunen stark mit den Möglichkeiten zur Arbeitsmarktpartizipation für Frauen gekoppelt. Die Regionen mit den höchsten Beschäftigungsquoten liegen hauptsächlich in Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Insbesondere in Rheinland-Pfalz fällt es hingegen schwer, mehr als die Hälfte der erwerbsfähigen Menschen in eine Beschäftigung zu bringen.

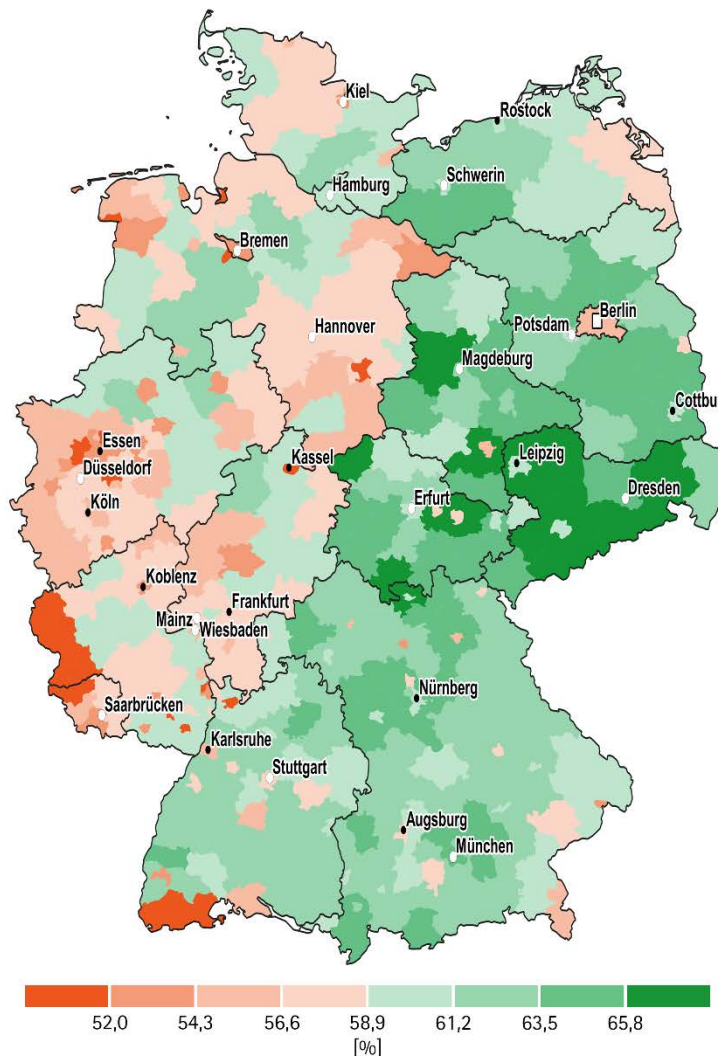
Bundesdurchschnitt: 62,2 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt: Pforzheim

Minimum: Eifelkreis Bitburg-Prüm, 45,2 Prozent

Maximum: Landkreis Dingolfing-Landau, 70,0 Prozent

Beschäftigungsquote der Frauen, Juni 2024



Datenquelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Häufig fällt die Beschäftigungsquote der Frauen geringer aus als die der Männer, weil Frauen zum einen nicht selten unentgeltliche Sorgearbeit leisten und es andererseits traditionelle Beschränkungen gibt. In den meisten Kommunen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen fallen die Beschäftigungsquoten der Frauen besonders hoch aus. Umgekehrt gibt es vor allem rheinland-pfälzischen Kommunen strukturelle Schwierigkeiten.

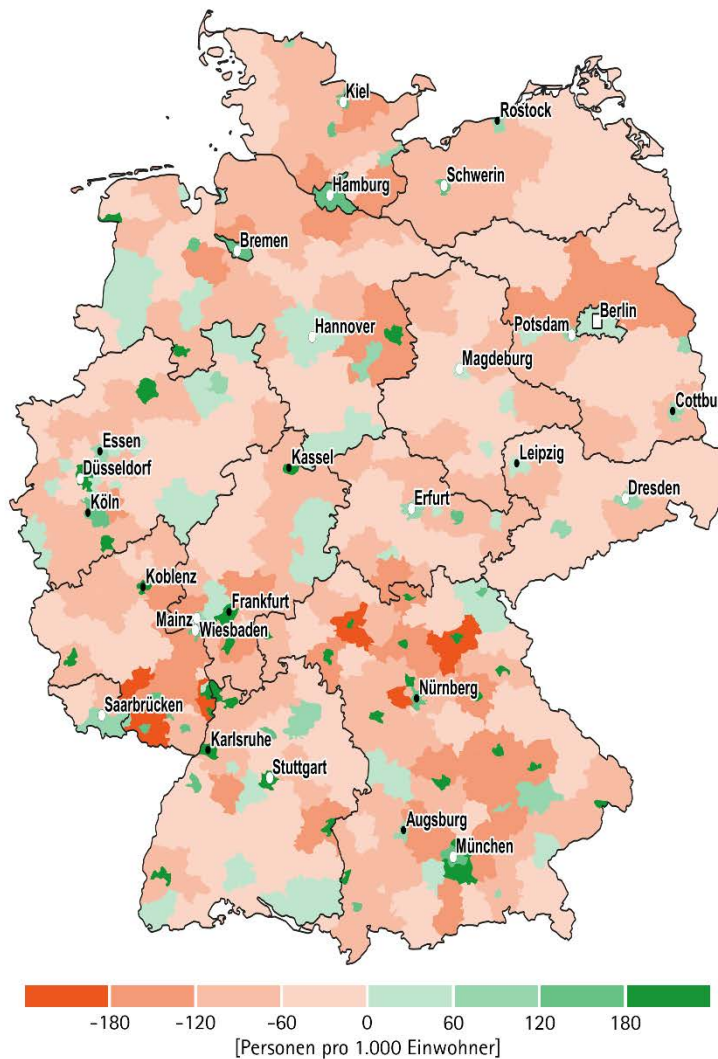
Bundesdurchschnitt: 58,9 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt: Landkreis Cloppenburg

Minimum: Trier, 46,3

Maximum: Landkreis Sächsische-Schweiz-Osterzgebirge, 68,0

Pendlersaldo je 1.000 Einwohner, 2024



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Der Pendlersaldo wird in der Regel durch Beschäftigung im tertiären Sektor beeinflusst, da dieser häufiger in Ballungsgebieten als im ländlichen Raum vertreten ist. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wird der Pendlersaldo hier auf 1.000 Einwohner normiert. Umfangreiche Pendelbewegungen finden sich vor allem in den alten Bundesländern. Hier liegen auch die Zentren mit großen positiven Pendlersalden.

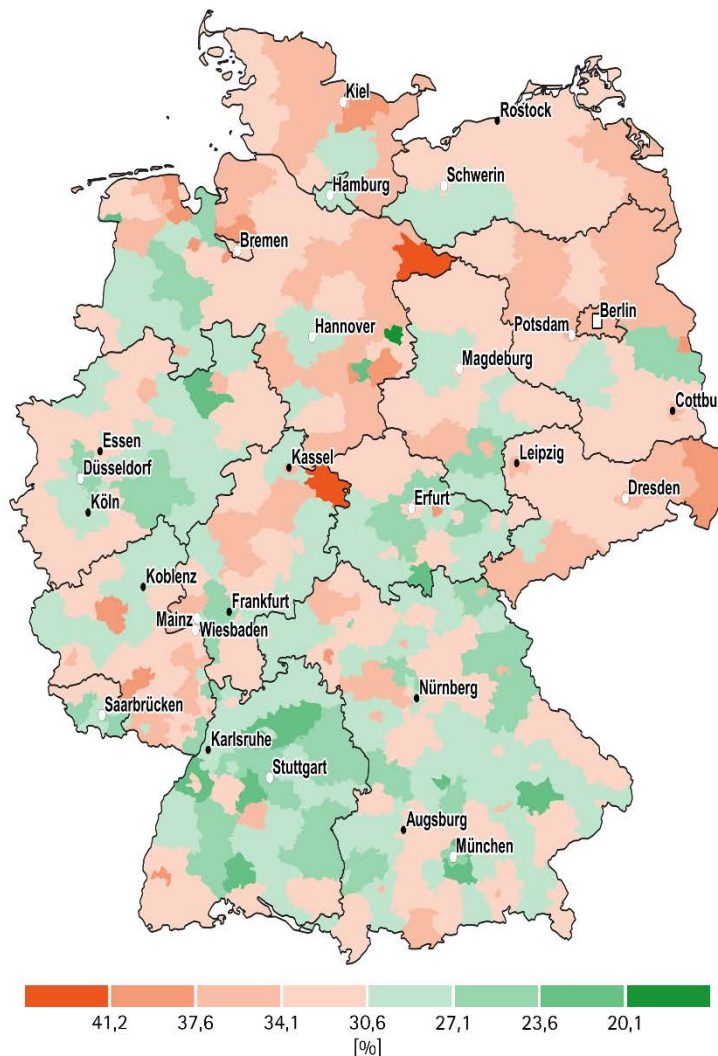
Bundesdurchschnitt: 0,0

Auf dem Bundesdurchschnitt: Kaufbeuren

Minimum: Landkreis Südwestpfalz, -241,5

Maximum: Schweinfurt, 601,1

Teilzeitquote, 2024



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Die Teilzeitquote gibt den Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den Beschäftigten insgesamt an. Teilzeitbeschäftigung ist besonders ausgeprägt in vielen Kommunen Schleswig-Holsteins, Niedersachsens, Rheinland-Pfalz, Brandenburgs, Sachsens und des hessischen Regierungsbezirks Gießen. Umgekehrt ist Teilzeitbeschäftigung auffallend gering im baden-württembergischen Regierungsbezirk Stuttgart sowie im IHK-Bezirk Südthüringen.

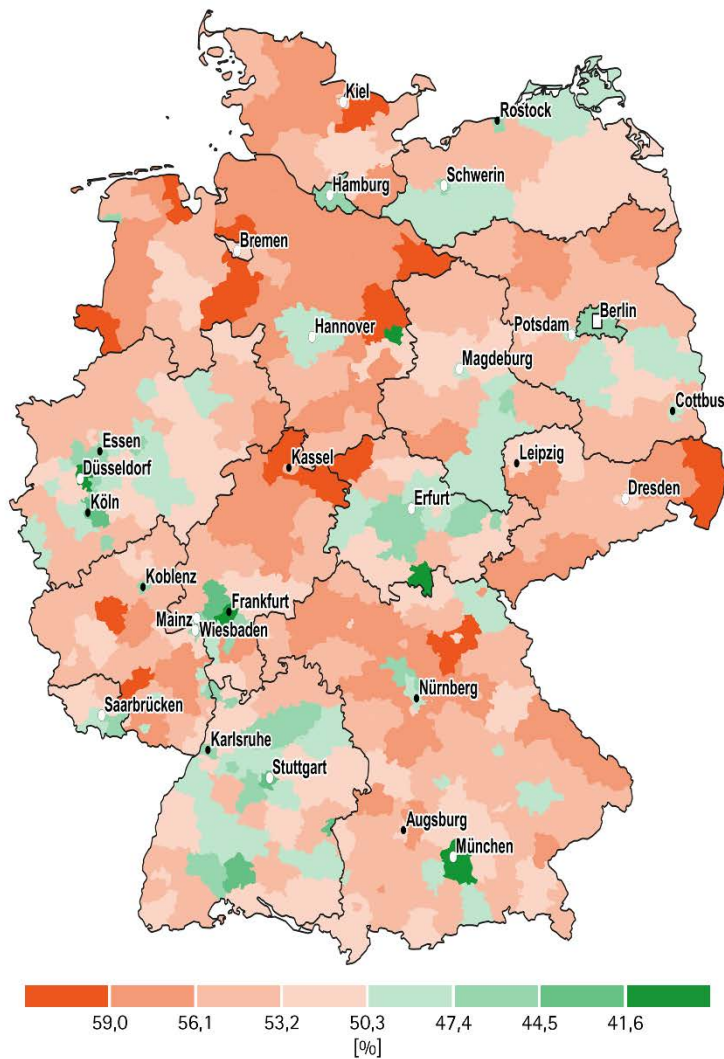
Bundesdurchschnitt:  30,6 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt:  Main-Kinzig-Kreis

Minimum:  Wolfsburg, 16,7 Prozent

Maximum:  Landkreis Lüchow-Dannenberg, 42,3 Prozent

Teilzeitquote der Frauen, 2024



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
 Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Die Teilzeitquote der Frauen fällt in der Regel höher aus als die der Männer, weil Frauen in größerem Umfang als Männer Sorgearbeit leisten. In drei von vier Kommunen ist unter den weiblichen Beschäftigten mindestens jede zweite teilzeitbeschäftigt. Die regionalen Spezifika finden sich bereits beim vorangegangenen Indikator dargestellt.

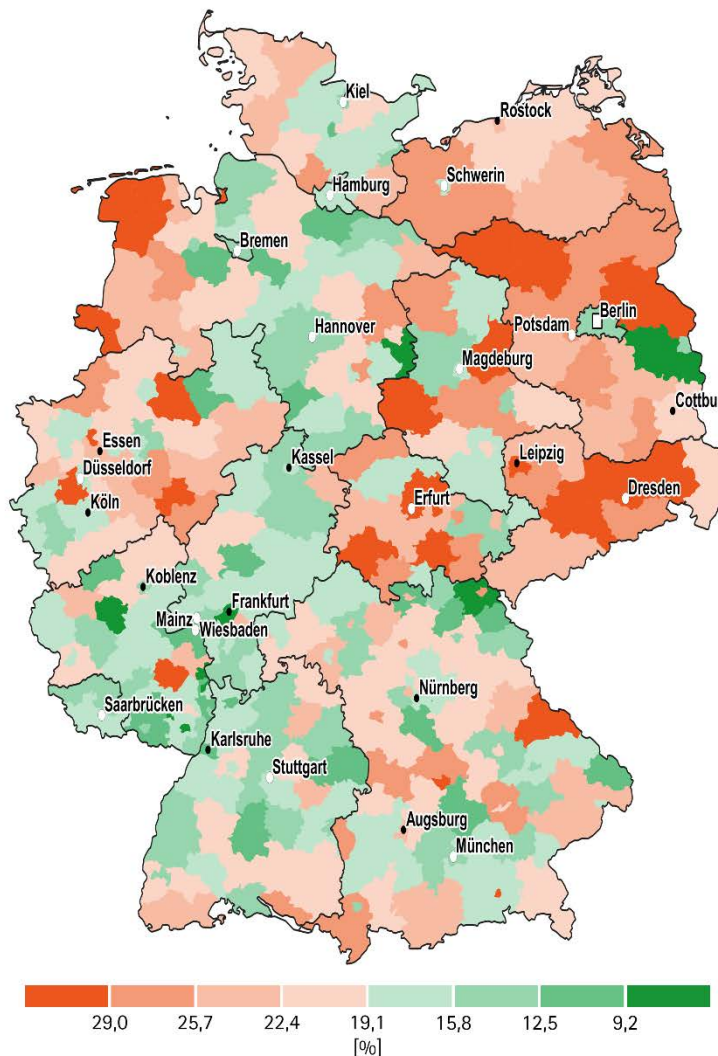
Bundesdurchschnitt: 50,3 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt: Enzkreis

Minimum: Düsseldorf, 38,7 Prozent

Maximum: Werra-Meißner-Kreis, 64,8 Prozent

Entwicklung der Teilzeitquote, 2014–2024



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Die Teilzeitbeschäftigung nimmt in ganz Deutschland zu. Die Ursachen sind vielfältig. Wesentliche Aspekte sind die Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus der Stillen Reserve, der Umfang des Angebots für Kinderbetreuung und Pflege und Life-Style-Aspekte. Auffällig sind der starke Anstieg in den Kommunen an Weser und Ems, im Ruhrgebiet und in den ostdeutschen Flächenländern.

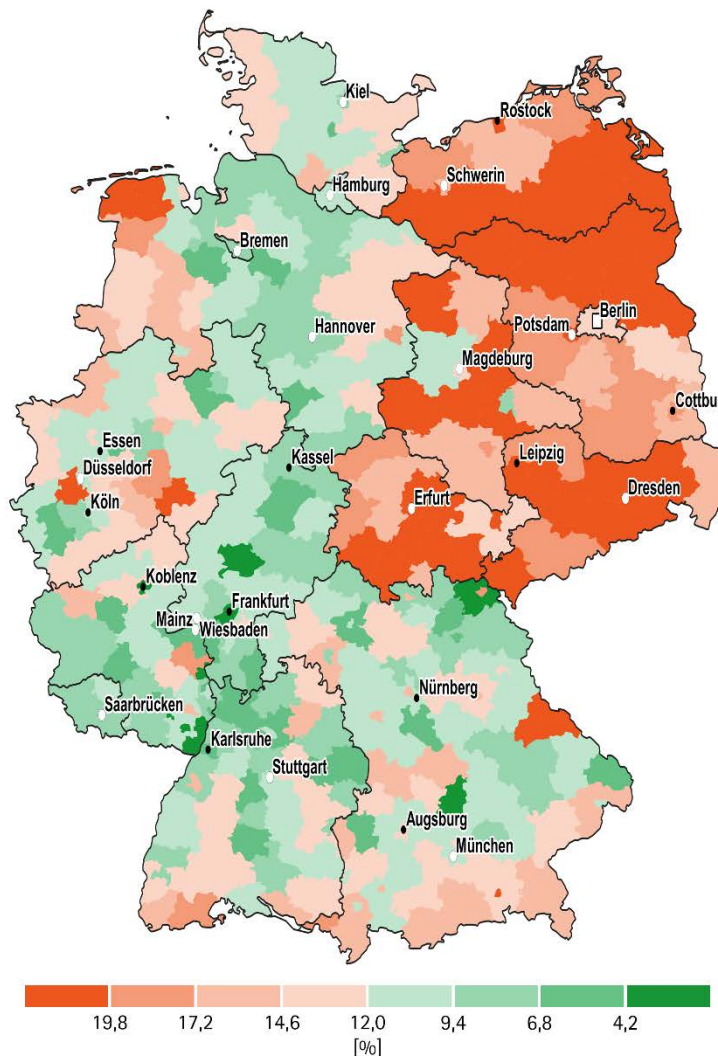
Bundesdurchschnitt:  19,1 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt:  Landkreis Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim

Minimum:  Frankfurt am Main, 5,7 Prozent

Maximum:  Landkreis Sömmerda, 39,6 Prozent

Entwicklung der Teilzeitquote der Frauen, 2014–2024



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
 Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Die durchschnittliche Teilzeitquote der Frauen betrug bereits 2014 44,9 Prozent. Trotzdem ist sie in allen Kommunen Deutschlands noch einmal angestiegen. Hierbei fällt vor allem der starke Anstieg in den ostdeutschen Flächenländern auf. In diesen Regionen ist die Frauenerwerbstätigkeit besonders hoch. Daher deutet der Anstieg auf eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen hin, die dafür sorgt, dass mehr Sorgearbeit als früher in den Familien organisiert werden muss.

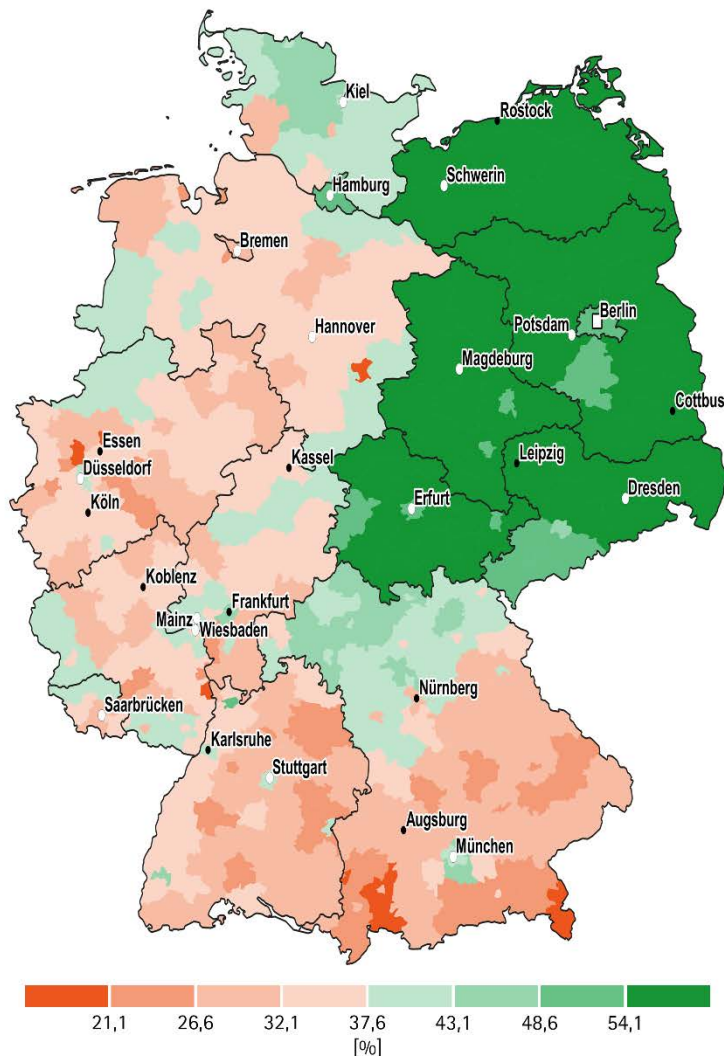
Bundesdurchschnitt:  12,0 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt:  Landkreis Coesfeld

Minimum:  Landkreis Hof, 1,5 Prozent

Maximum:  Landkreis Sömmerda, 31,3 Prozent

Betreuungsquote von Kindern unter drei Jahren in der öffentlich geförderten Tagespflege, 2024



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Seit dem 1. August 2013 haben Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr bis zum Schuleintritt einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege. In der Inanspruchnahme bestehen offensichtlich kulturelle Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Außerdem ist die Betreuungsinfrastruktur unterschiedlich ausgebaut.

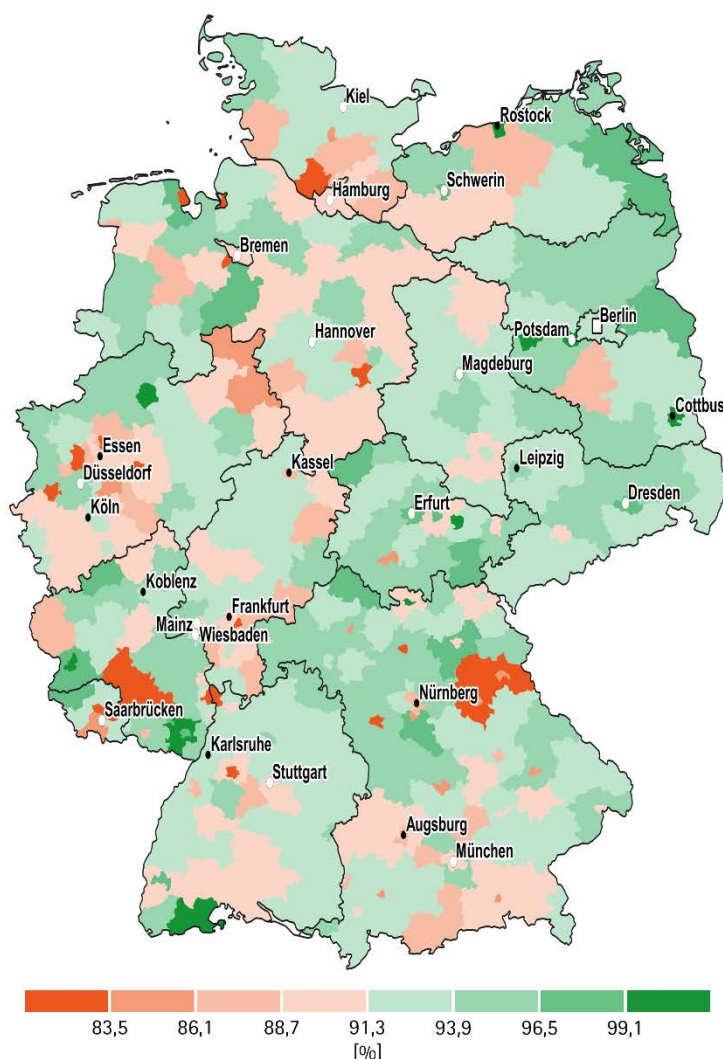
Bundesdurchschnitt: 37,6 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt: Landkreis Ahrweiler

Minimum: Memmingen, 15,6 Prozent

Maximum: Rostock, 65,5 Prozent

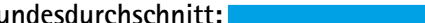
Betreuungsquote von Kindern zwischen drei und unter sechs Jahren in der öffentlich geförderten Tagespflege, 2024



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Seit 1996 gilt in Deutschland der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für jedes Kind im Alter vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt. Die Daten zeigen, dass dieser Rechtsanspruch nicht überall ausgeschöpft wird oder ausgeschöpft werden kann. Auf der anderen Seite gibt es in einigen Kommunen eine Übererfüllung der Quote, die sich aus der Inanspruchnahme der Kinderbetreuung durch Personen aus einem anderen Landkreis bzw. einer anderen Stadt als dem Wohnort ergibt.

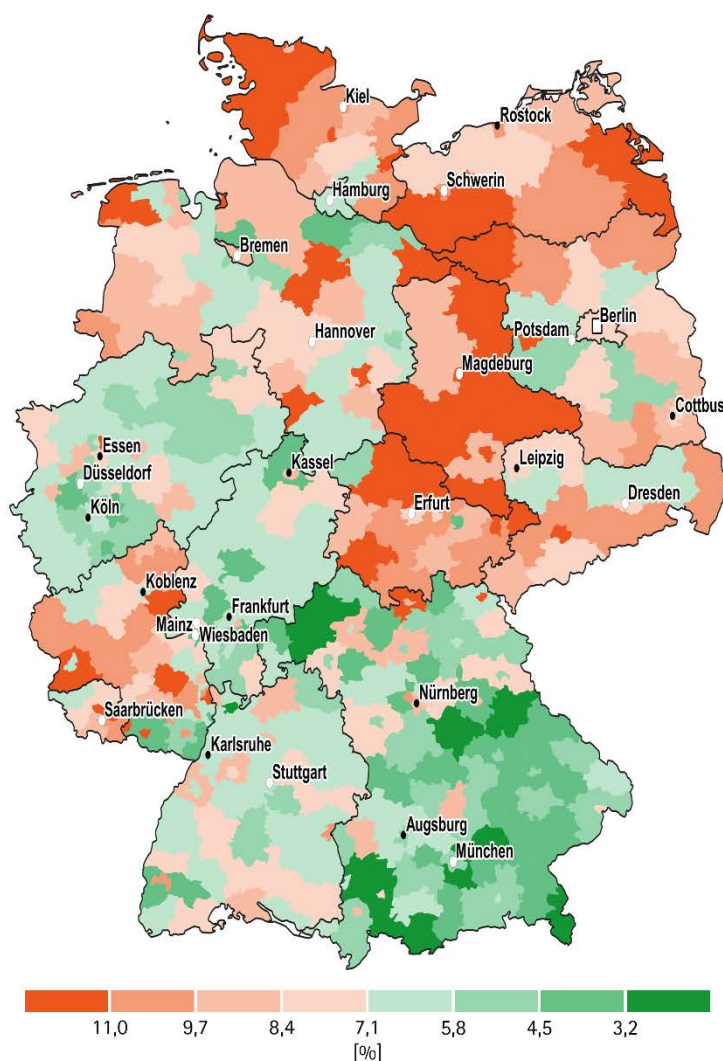
Bundesdurchschnitt:  91,3 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt:  Landkreise Coburg, Euskirchen, Goslar, Neu-Ulm, Rhein-Hunsrück und Stendal

Minimum:  Landkreis Kaiserslautern, 74,3 Prozent

Maximum:  Rostock, 103,7 Prozent

Anteil der Schulabgänger allgemeinbildender Schulen ohne Hauptschulabschluss, 2023



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss ist eine Laufbahn als Fachkraft in den meisten Fällen versperrt. Erkennbar ist, dass es erhebliche regionale Unterschiede gibt. In den Kommunen Baden-Württembergs, Bayern (ohne Hof und Landkreis Coburg) und Hessens gelingt es durchgängig, die Schulabbrecherquote unter 10 Prozent zu halten. Dagegen scheint es ein Merkmal der Schulstandorte in den Kommunen in Rheinland-Pfalz, im Saarland und in den ostdeutschen Flächenländern zu sein, dass Kinder ihre Schulkarriere auch ohne einen Abschluss beenden können.

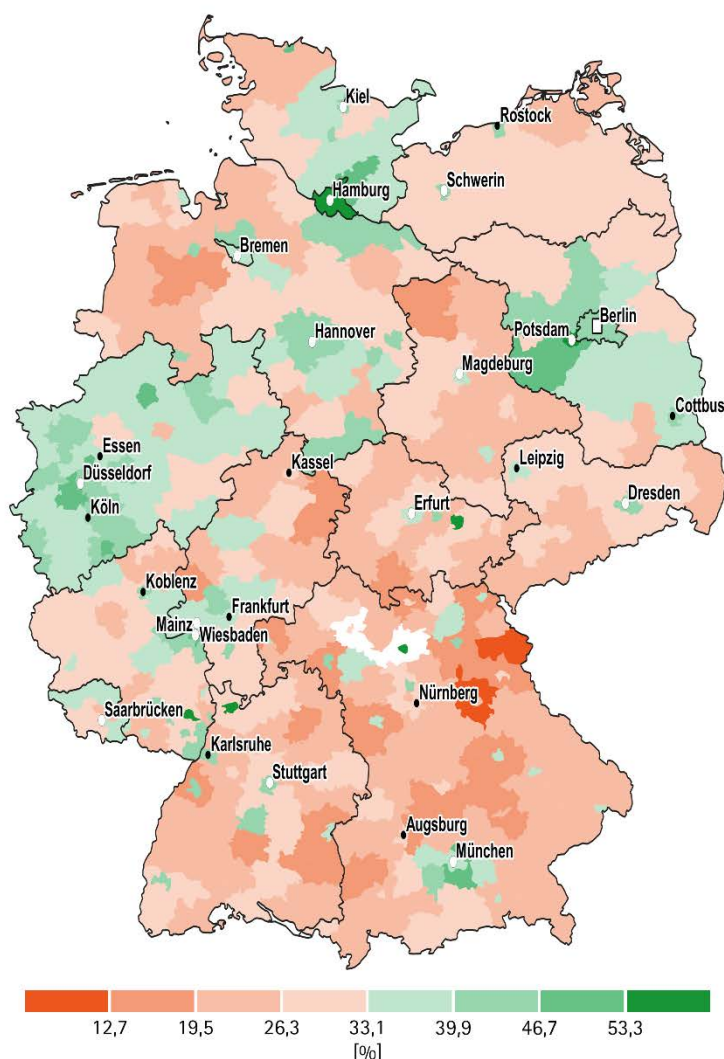
Bundesdurchschnitt: 7,1 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt: Landkreis Mayen-Koblenz

Minimum: Landkreis München, 2,0 Prozent

Maximum: Landkreis Anhalt-Bitterfeld, 16,8 Prozent

Anteil der Schulabgänger allgemeinbildender Schulen mit allgemeiner Hochschulreife, 2023



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Das Erreichen der Matura ermöglicht Schulabgängern die Auswahl zwischen Ausbildung und Studium. Bei diesem Indikator besteht eine große regionale Streuung. Auffällig ist, dass lediglich in den Stadtstaaten (ohne Bremerhaven) und Nordrhein-Westfalen (ohne Hamm) mindestens 30 Prozent der Schulabgänger die allgemeine Hochschulreife erlangen. In Thüringen werden nur in Erfurt, Jena und Weimar Anteile über 30 Prozent erreicht. Die Möglichkeit schulischer Abschlüsse kann sich in der Wirtschaftsstruktur widerspiegeln. So hat beispielsweise der Landkreis Tirschenreuth nicht nur den kleinsten Anteil an Abiturienten, sondern auch einen geringen Akademikeranteil unter den Beschäftigten.

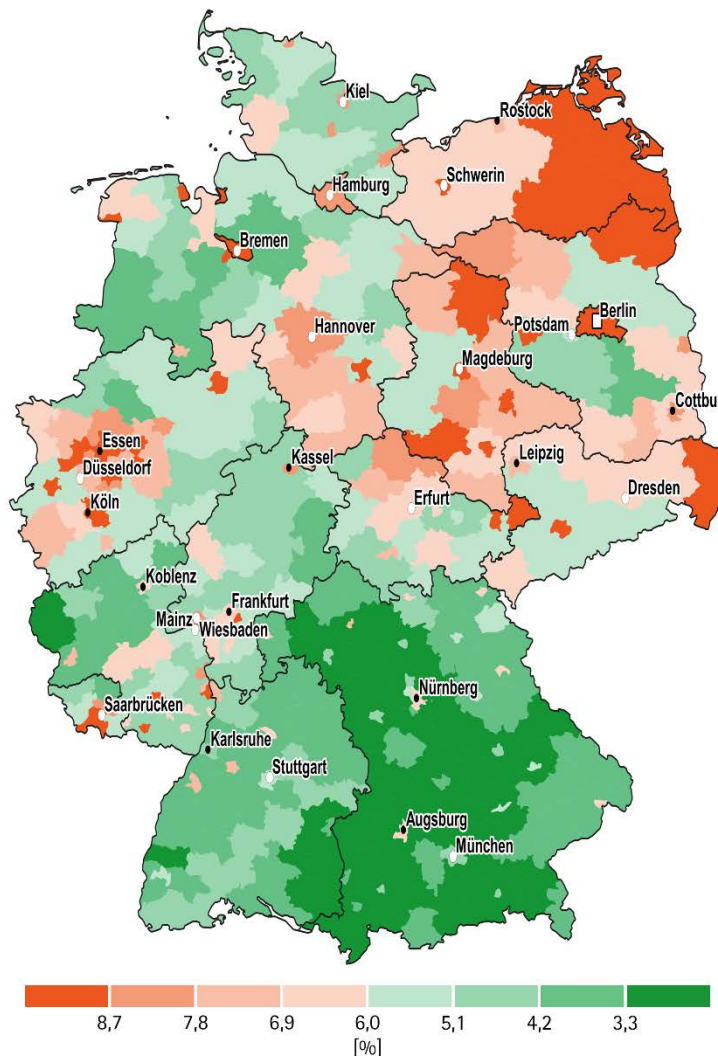
Bundesdurchschnitt:  33,1 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt:  Regionalverband Saarbrücken

Minimum:  Landkreis Tirschenreuth, 5,9 Prozent

Maximum:  Potsdam, 58,0 Prozent

Arbeitslosenquote, 2024



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
 Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

In Deutschland wird die Arbeitslosenquote üblicherweise errechnet, indem man die Arbeitslosen auf alle zivilen Erwerbspersonen bezieht. Auch im zweiten Rezessionsjahr fiel die durchschnittliche Arbeitslosenquote mit 6,0 Prozent eher niedrig aus. Nahezu Vollbeschäftigung bestand im Regierungsbezirk Oberbayern und Teilen des Regierungsbezirks Schwaben. Besonders gemischt war das Bild in den ostdeutschen Flächenländern mit 3,8 Prozent im Landkreis Dahme-Spreewald bis hin zu 11,2 Prozent im Landkreis Uckermark.

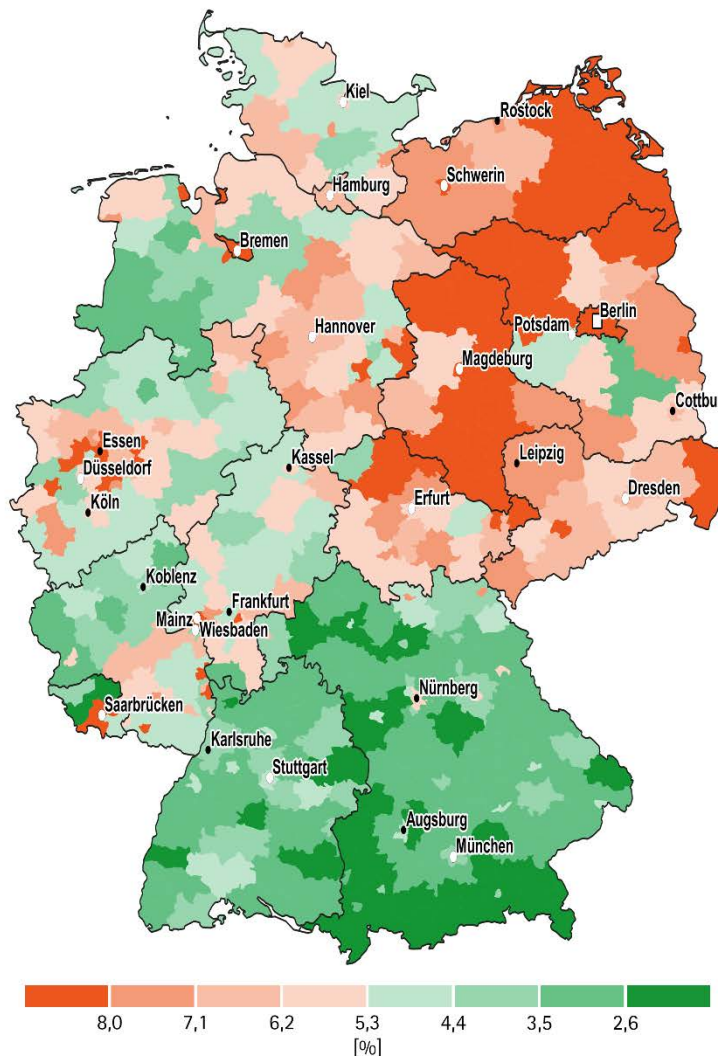
Bundesdurchschnitt: 6,0 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt: Augsburg, Darmstadt, Landau in der Pfalz, Passau, Weiden in der Oberpfalz und Wolfsburg sowie die Landkreise Lahn-Dill-Kreis, Meißen, Rostock, Schaumburg, Spree-Neiße und Vogtlandkreis

Minimum: Landkreise Bad-Tölz-Wolfratshausen und Pfaffenhofen an der Ilm, 2,3 Prozent

Maximum: Gelsenkirchen, 14,8 Prozent

Jugendarbeitslosenquote, 2024



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
 Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Grundsätzlich kann man die Arbeitslosenquote für verschiedenste Persönlichkeitsmerkmale errechnen. Besondere Aufmerksamkeit findet meist die Jugendarbeitslosigkeit, die den Anteil der 15 bis unter 25-Jährigen ohne Beschäftigung ausweist. Jugendarbeitslosigkeit ist in den Kommunen der ostdeutschen Flächenländer stärker verbreitet als in den alten Bundesländern. Besonders gering fiel die Jugendarbeitslosigkeit in den Kommunen der Regierungsbezirke Ober- und Niederbayern aus.

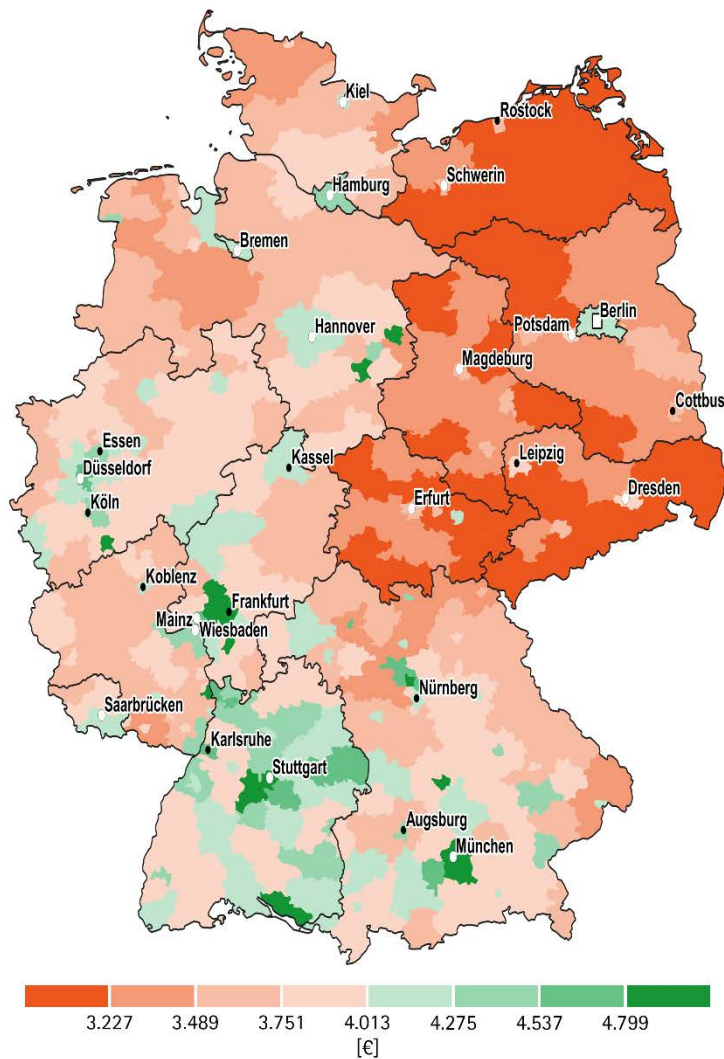
Bundesdurchschnitt: 5,3 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt: Leverkusen sowie die Landkreise Darmstadt-Dieburg, Schwalm-Eder, Soest, Stade, Teltow-Fläming und Uelzen

Minimum: Landkreis Ebersberg, 1,7 Prozent

Maximum: Landkreis Uckermark, 13,6 Prozent

Medianentgelte sozialversicherungspflichtiger Vollzeitbeschäftigter, 2024



Datenquelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Das Medianentgelt misst das mittlere Entgelt bis zur Beitragsbemessungsgrenze. Jeweils 50 Prozent der Beschäftigten verdienen mehr bzw. weniger. Besonders gering fallen die Medianentgelte in den Regionen Niedersachsens, Rheinland-Pfalz, des Saarlands und der ostdeutschen Flächenländern aus.

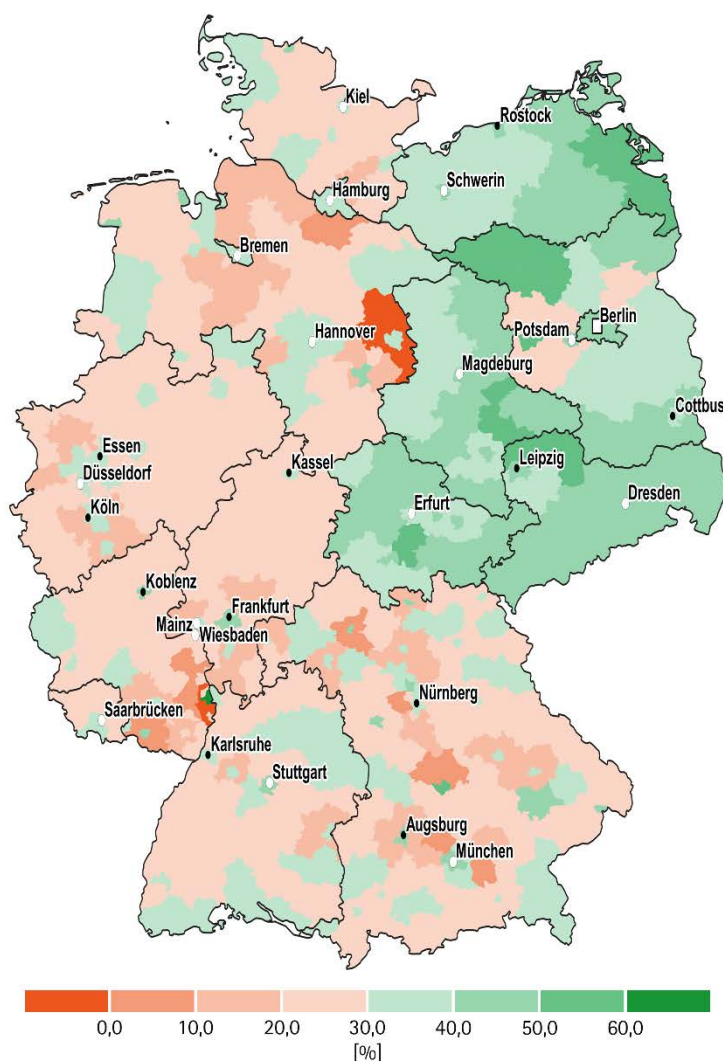
Bundesdurchschnitt: 4.013 Euro

Auf dem Bundesdurchschnitt: Landkreis Traunstein

Minimum: Erzgebirgskreis, 2.965 Euro

Maximum: Ingolstadt, 5.855 Euro

Entwicklung der Medianentgelte sozialversicherungspflichtiger Vollzeitbeschäftigter, 2014–2024



Datenquelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Im Fall dieses Indikators kann man die Grenzen zwischen Ost und West sehr gut erkennen, weil die Medianentgelte in den neuen Bundesländern durchgehend kräftig gestiegen sind. Dagegen fällt das Bild der alten Bundesländer heterogen aus.

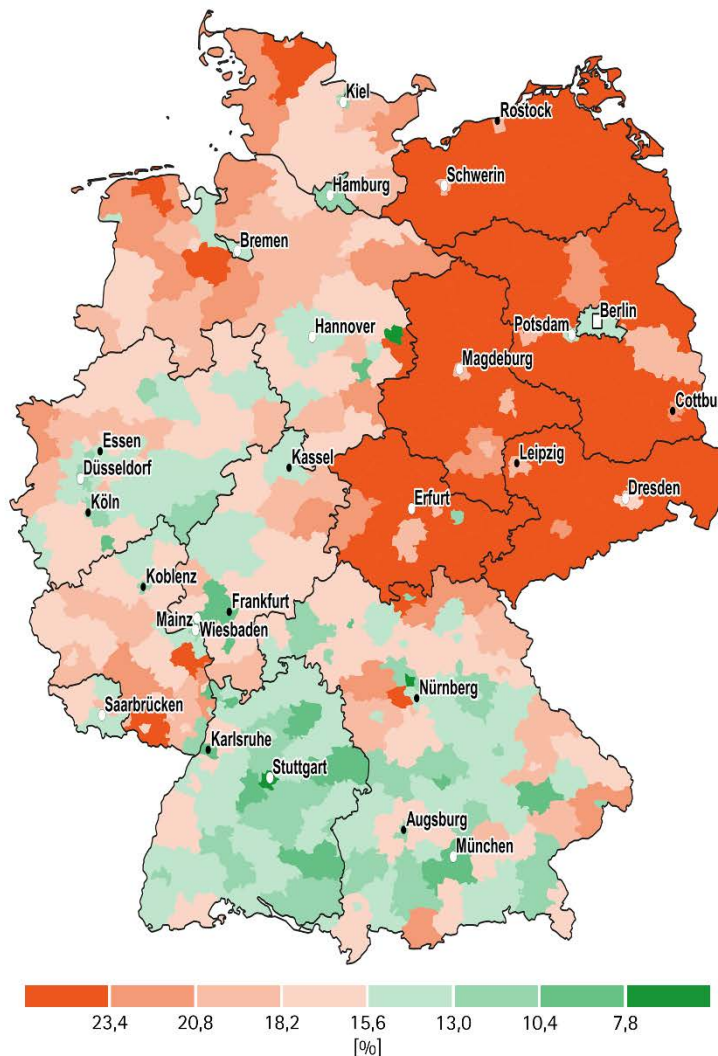
Bundesdurchschnitt:  32,6 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt:  Landkreis Schwäbisch-Hall

Minimum:  Landkreis Helmstedt, -8,2 Prozent

Maximum:  Ludwigshafen am Rhein, 60,6 Prozent

Regionaler Anteil der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten im unteren Entgeltbereich (< 2.676 Euro), 2024



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

In Anlehnung an die „Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD)“ gelten als Beschäftigte des unteren Entgeltbereichs Personen, die als sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte weniger als zwei Drittel des Medianentgelts erzielen. Über diesen Indikator lässt sich gut ablesen, in welchen Regionen die beiden Mindestloohnerhöhungen 2026 und 2027 besonders wirksam sein werden. Betroffen sind insbesondere die Kommunen der ostdeutschen Flächenländer sowie die Landkreise Coburg, Helmstedt, Oldenburg, Schleswig-Flensburg, Südwestpfalz und die Stadt Delmenhorst.

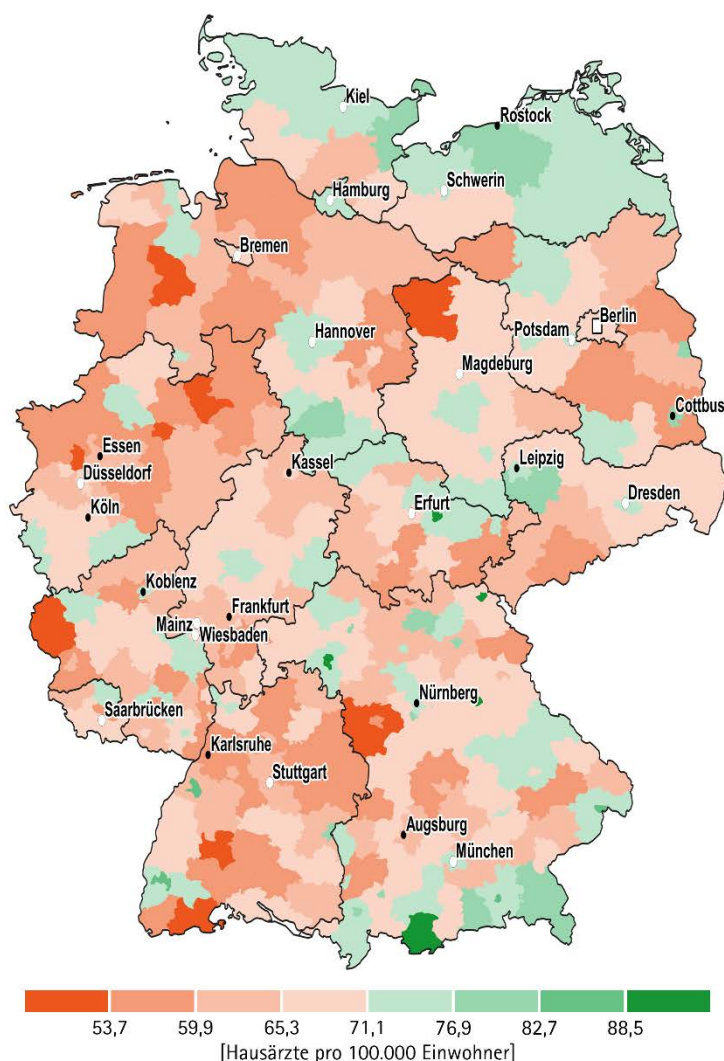
Bundesdurchschnitt: 15,6 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt: Landkreis Miltenberg

Minimum: Wolfsburg, 5,0 Prozent

Maximum: Erzgebirgskreis, 34,9 Prozent

Hausärztdichte (Hausärzte je 100.000 Einwohner), 2024



Datenquelle: Kassenärztliche Bundesvereinigung, 2025
 Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Die hausärztliche Versorgung ist ein relevanter Faktor für den Krankenstand. Sie weist eine erhebliche regionale Streuung auf. Auffällig sind die geringe Versorgung im Regierungsbezirk Detmold sowie das Erreichen von Spitzenwerten in Amberg, Freiburg im Breisgau, Hof, Weimar, Würzburg und im Landkreis Garmisch-Partenkirchen

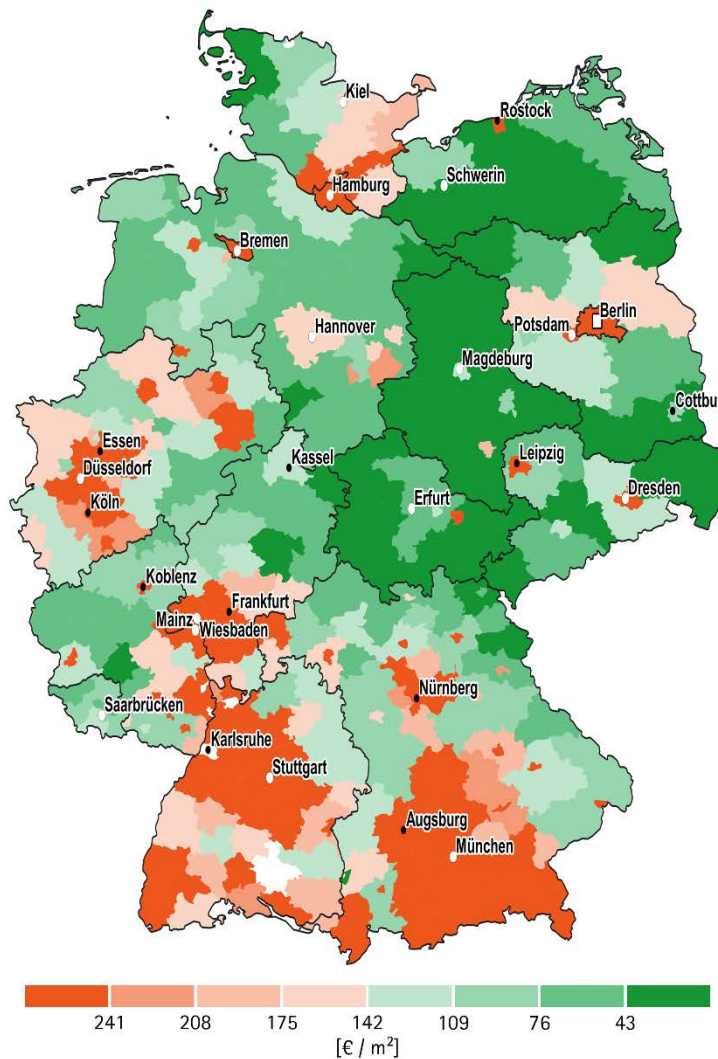
Bundesdurchschnitt: 77,0

Auf dem Bundesdurchschnitt: Landkreis Rostock

Minimum: Landkreis Gütersloh, 47,9

Maximum: Amberg, 94,0

Baulandpreise, 2024



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
 Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Baulandpreise können im Fall von Veräußerungen ermittelt werden. In den Regionen Niedersachsens (ohne Oldenburg in Oldenburg), des Saarlands, Sachsen-Anhalts, Schleswig-Holsteins und Thüringens werden durchweg Preise unter 400 Euro je qm erzielt. Dem stehen vierstellige Quadratmeterpreise in Berlin, Frankfurt am Main, Mainz, München (Stadt und Landkreis), Stuttgart und dem Landkreis Starnberg gegenüber.

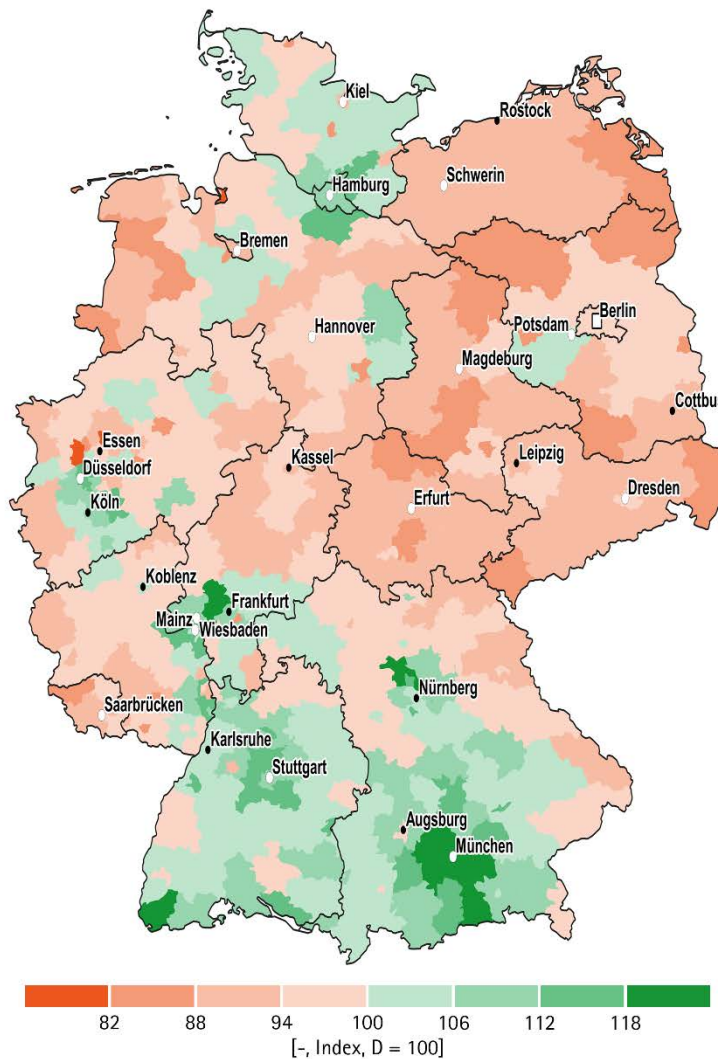
Bundesdurchschnitt: 142,44 Euro je qm

Auf dem Bundesdurchschnitt: Landkreis Warendorf

Minimum: Landkreis Görlitz, 9,28 Euro je qm

Maximum: München, 1.873,06 Euro je qm

Kaufkraft, 2025



Datenquelle: Michael Bauer Research GmbH, 2025
 Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Als Kaufkraft wird das verfügbare Einkommen der Bevölkerung einer Region bezeichnet. Die Kaufkraft wird als Index veröffentlicht, wobei der Bundesdurchschnitt 100 entspricht. Die Daten sind nicht der amtlichen Statistik entnommen und daher am aktuellen Rand spekulativ. Gleichwohl handelt es sich um einen wichtigen Indikator für Branchen, die direkt an den Endverbraucher veräußern. Der Bundesdurchschnitt wird in den Kommunen des Saarlands und der neuen Bundesländer (mit Ausnahme von Potsdam und dem Landkreis Potsdam-Mittelmark) nicht und in den Regierungsbezirken Gießen und Kassel sowie der Statistischen Region Koblenz größtenteils nicht erreicht.

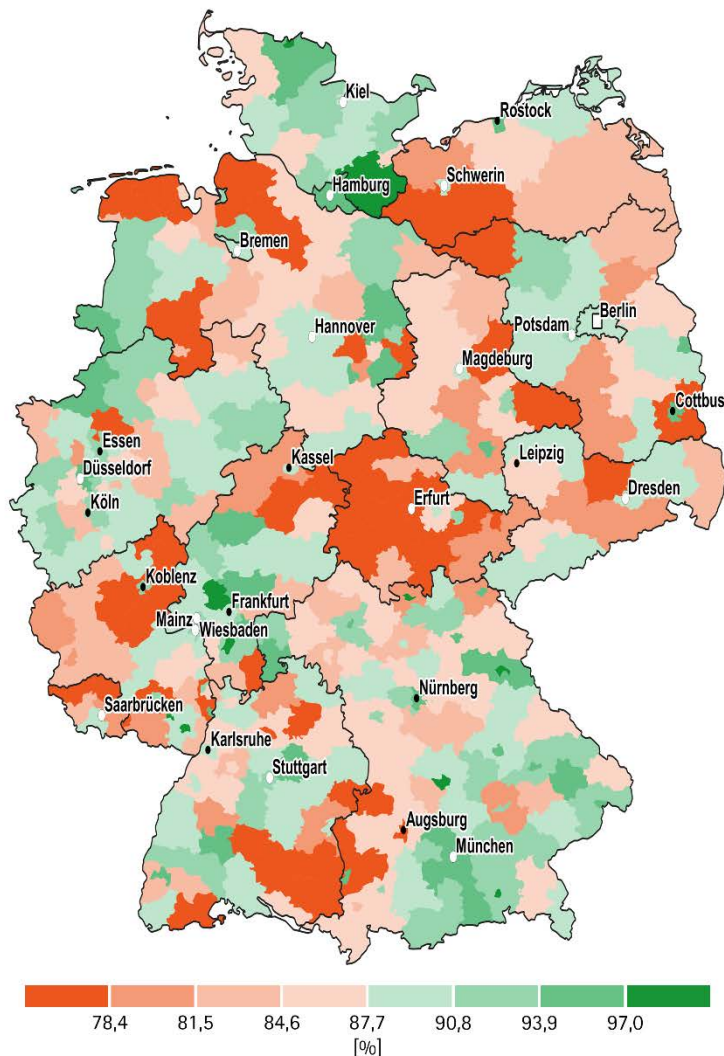
Bundesdurchschnitt: 100,0

Auf dem Bundesdurchschnitt: Leverkusen

Minimum: Bremerhaven, 75,9

Maximum: Landkreis Starnberg, 149,2

Breitbandverfügbarkeit mit mindestens 100 Mbit/s in Gewerbegebieten, 2024



Datenquelle: Bundesnetzagentur, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Die Digitalisierung der Unternehmen ist maßgeblich davon abhängig, wie schnell Glasfasernetze bis in die Gebäude ausgebaut werden und moderne Mobilfunknetze flächendeckend verfügbar sind. 100 Mbit/s stellen heute häufig die kleinste Recheneinheit dar, doch selbst diese werden nicht überall erreicht. Dies gilt für einzelne Kommunen in alten Bundesländern und systematisch für die ostdeutschen Flächenländer, wobei die Werte im Industrieland Thüringen besonders schlecht ausfallen.

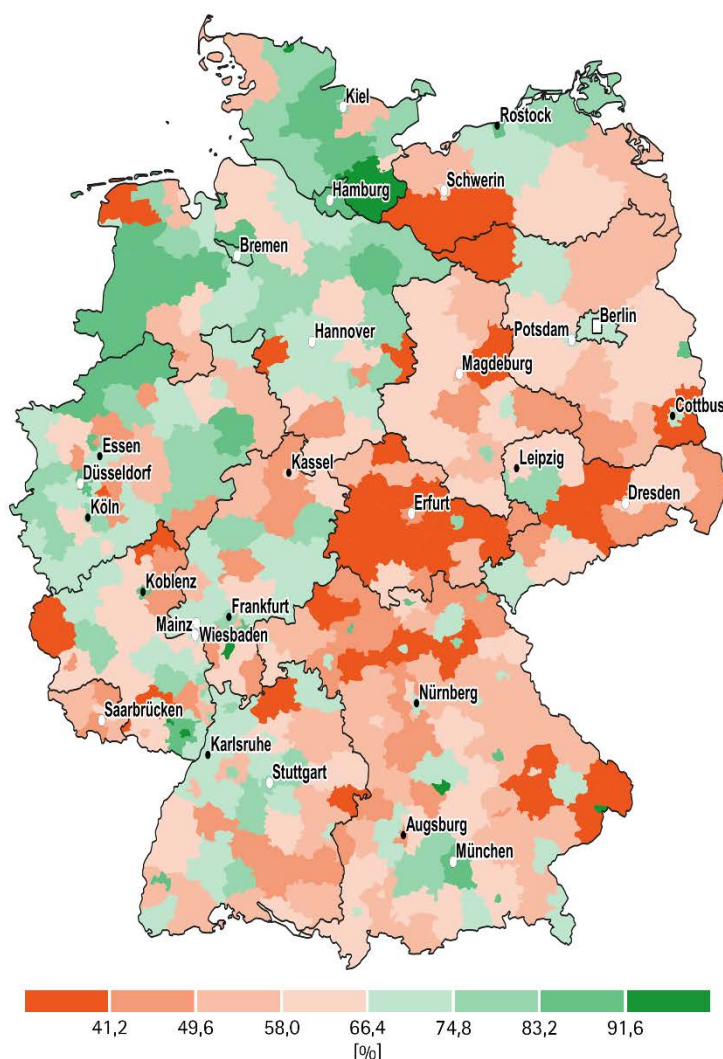
Bundesdurchschnitt: 87,7 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt: Landkreise Gütersloh und Ostalbkreis

Minimum: Landkreis Aurich, 44,1 Prozent

Maximum: Ingolstadt, 100,0 Prozent

Breitbandverfügbarkeit mit mindestens 1.000 Mbit/s in Gewerbegebieten, 2024



Datenquelle: Bundesnetzagentur, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Die zunehmende Nutzung von Cloud-Lösungen und KI führt zu einem immer größeren Bedarf an Bandbreite. 1 Gbit/s-Anschlüsse sollten daher Standard in Gewerbegebieten sein. Von diesem Standard sind jedoch insbesondere Thüringer Kommunen noch weit entfernt. Auch in den anderen neuen Bundesländern bestehen erhebliche Lücken. In den alten Bundesländern erscheint das Angebot vor allem in den hessischen Kommunen sowie den Regierungsbezirken Karlsruhe und Stuttgart als suboptimal.

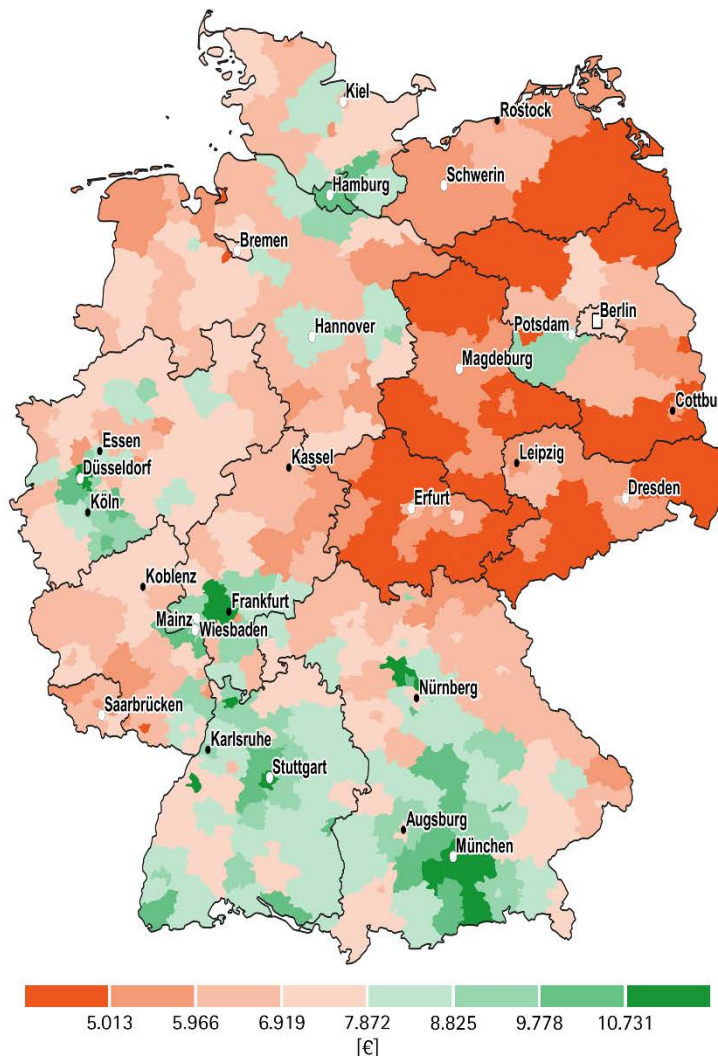
Bundesdurchschnitt: 66,4 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt: Landkreis Neuwied

Minimum: Landkreis Altenkirchen (Westerwald), 17,5 Prozent

Maximum: Ingolstadt, 100,0 Prozent

Einkommensteuer je Steuerpflichtigen, 2020



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
 Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Diese Statistik wird jährlich für den drei Jahr zurückliegenden Veranlagungszeitraum errechnet, wobei Daten auf Kreisebene etwas später veröffentlicht werden. Sie korrespondiert teilweise mit der Entgeltstatistik, doch der Lohn ist nur eine von insgesamt sieben Einkunftsarten. Gleichwohl bilden auch hier die Kommunen in den neuen Bundesländern das Schlusslicht. Im Westen sind die Kommunen in den Regierungsbezirken Darmstadt und Kassel, in der Lüneburger Heide, in Ostfriesland sowie der statistischen Region Koblenz schlechter aufgestellt. Für gute Werte stehen viele baden-württembergische und oberbayrische Kommunen.

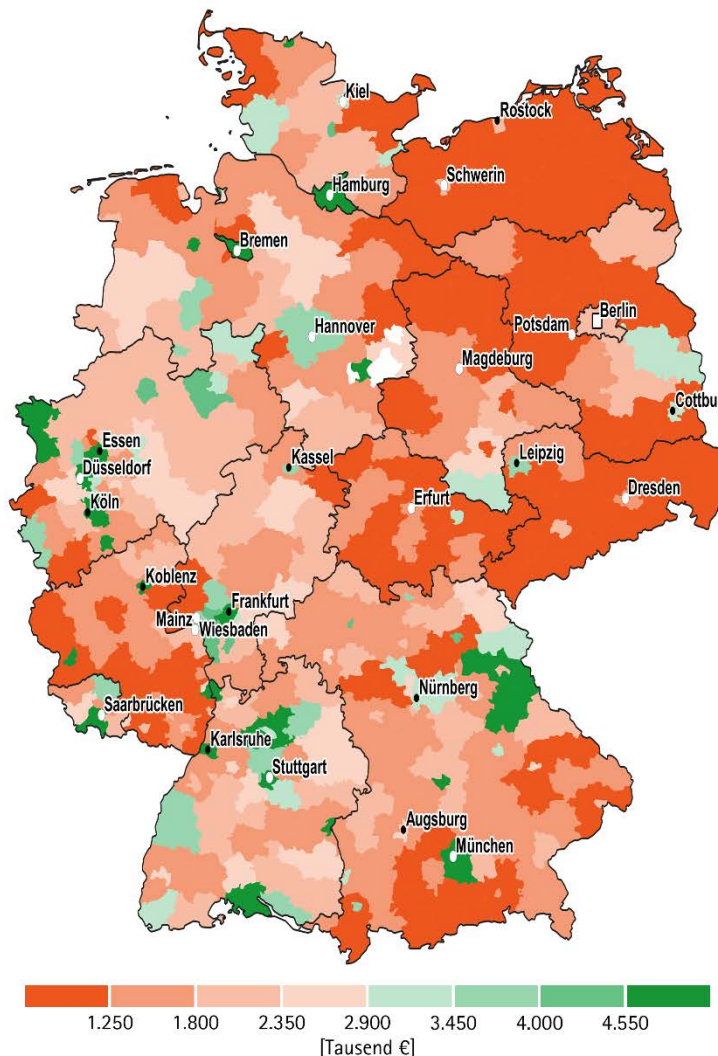
Bundesdurchschnitt: 7.872 Euro

Auf dem Bundesdurchschnitt: Landkreis Nordfriesland

Minimum: Landkreis Görlitz, 4.060 Euro

Maximum: Landkreis Starnberg, 19.823 Euro

Steuerbarer Umsatz je Steuerpflichtigen, 2023



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
 Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Aus den Steuervoranmeldungen der Unternehmen wird die Umsatzsteuerstatistik generiert, die man z. B. zur Berechnung des Bruttoinlandsprodukts benötigt. Anhand der Daten sind regionale Aussagen zu Branchenanteilen möglich, wenn man Doppelzählungen und die Nichtberücksichtigung von Auslandsumsätzen verschmerzen kann. Außerdem sind Rückschlüsse auf durchschnittliche Umsätze je Betrieb möglich, die die Berechnung von Branchenrenditen ermöglichen. In 362 von 400 Kommunen übersteigt der durchschnittliche steuerbare Umsatz je Steuerpflichtigen nicht die 4-Millionen-Marke. In den neuen Bundesländern weisen jedoch nur zehn der 76 Kommunen durchschnittliche steuerbare Umsätze auf, die die 2-Millionen-Marke übersteigen.

Bundesdurchschnitt: 2.896.075 Euro

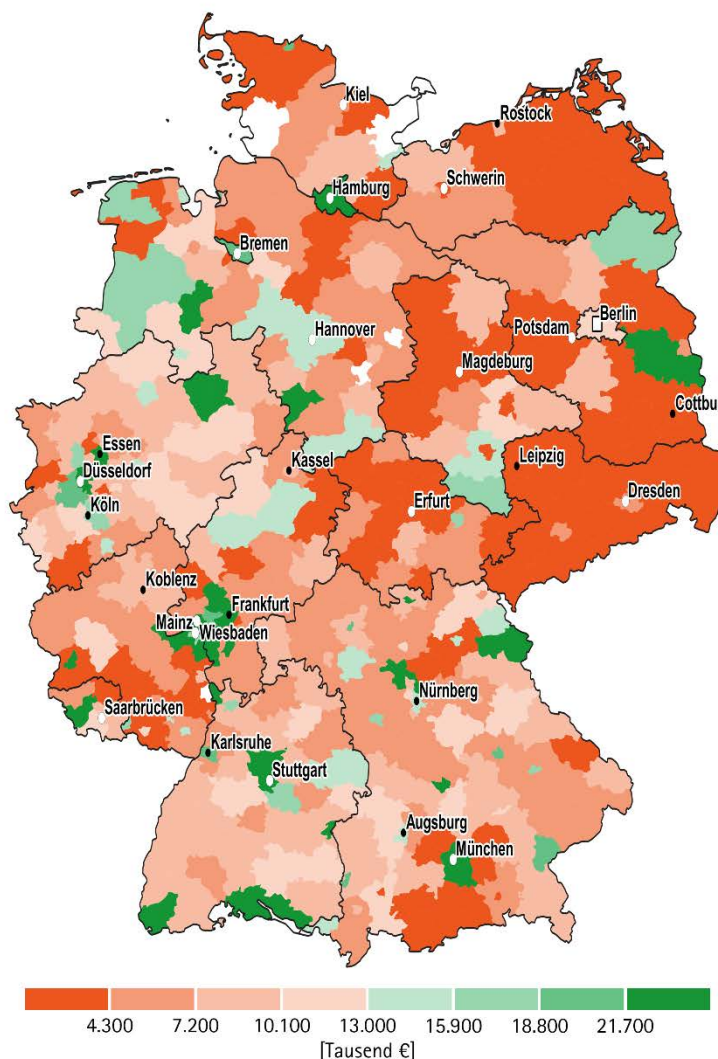
Auf dem Bundesdurchschnitt: Erlangen

Minimum: Landkreis Garmisch-Partenkirchen, 681.107 Euro

Maximum: 12.618.686 Euro

Für Wolfenbüttel und den Landkreis Wolfsburg wurden keine Daten veröffentlicht.

Steuerbarer Umsatz in der Industrie je Steuerpflichtigen, 2023



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
 Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Beim durchschnittlichen steuerbaren Umsatz der Industrie unterliegen natürlich einige regionale Ergebnisse der Geheimhaltung, andere Werte sind bekannt und erreichen gewaltige Größenordnungen. Der Befund für die übrigen Kommunen ist jedoch bemerkenswert: 281 von 400 Kommunen unterschreiten die 10-Millionen-Euro-Marke und 122 die 5-Millionen-Euro-Marke. Unabhängig von der Himmelsrichtung wird die Industrie von kleinen und mittleren Unternehmen mit überschaubaren Umsätzen beherrscht.

Bundesdurchschnitt: 13.091.387 Euro

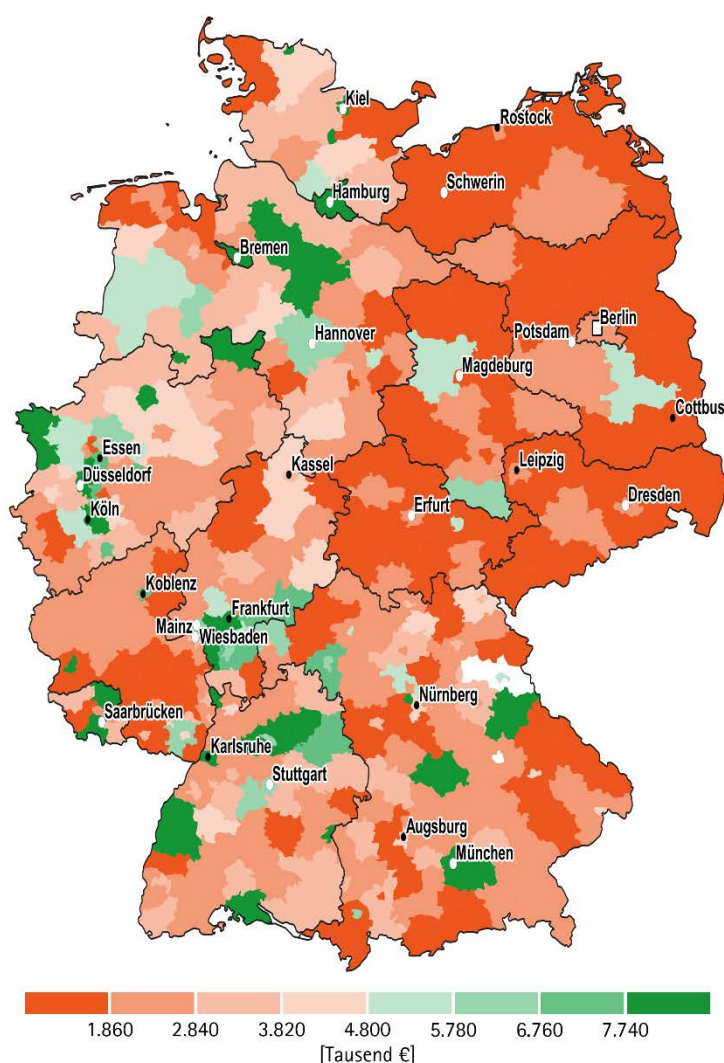
Auf dem Bundesdurchschnitt: Landkreis Kitzingen

Minimum: Potsdam, 1.611.898 Euro

Maximum: Stuttgart, 144.500.757 Euro

Für Frankenthal (Pfalz), Ludwigshafen am Rhein, Salzgitter und Wolfsburg sowie die Landkreise Dithmarschen und Ostholstein wurden keine Daten veröffentlicht

Steuerbarer Umsatz im Handel je Steuerpflichtigen, 2023



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
 Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Beim durchschnittlichen steuerbaren Umsatz des Handels unterliegen natürlich einige regionale Ergebnisse der Geheimhaltung, andere Werte sind bekannt und erreichen gewaltige Größenordnungen. Der Befund für die übrigen Kommunen ist jedoch bemerkenswert: 328 von 400 Kommunen unterschreiten die 5-Millionen-Euro-Marke und 132 die 2-Millionen-Euro-Marke. Unabhängig von der Himmelsrichtung wird der Handel von kleinen und mittleren Unternehmen mit überschaubaren Umsätzen beherrscht.

Bundesdurchschnitt: 4.848.296 Euro

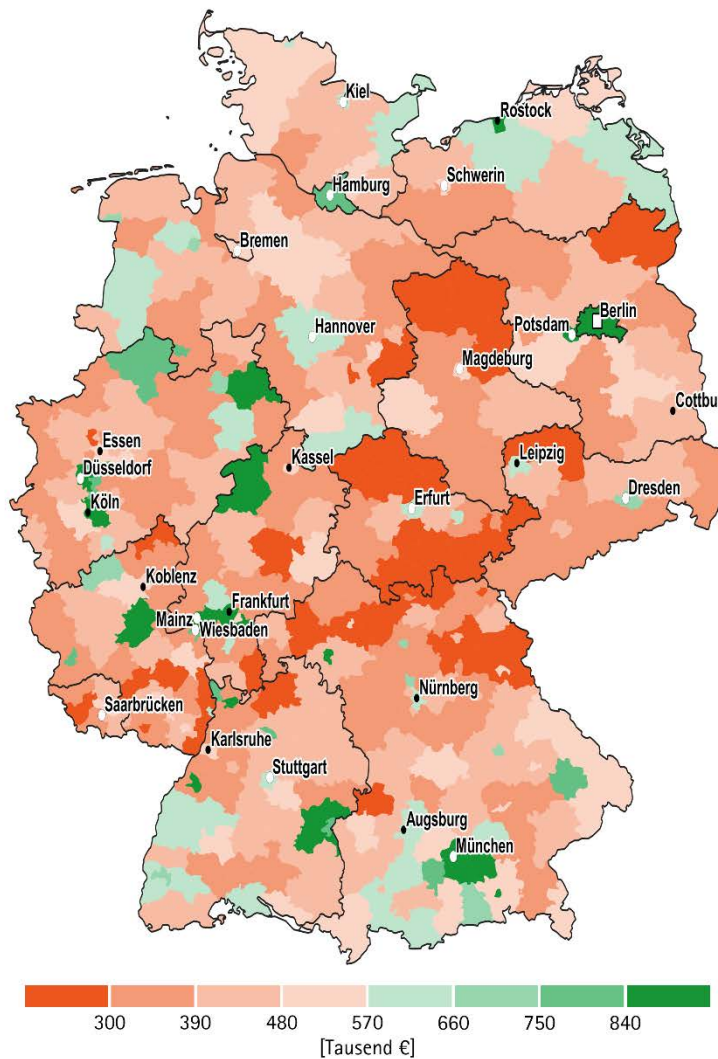
Auf dem Bundesdurchschnitt: Landkreis Pinneberg

Minimum: Suhl, 920.060 Euro

Maximum: Heilbronn, 49.274.978 Euro

Für Regensburg und den Landkreis Neustadt an der Waldnaab wurden keine Daten veröffentlicht

Steuerbarer Umsatz im Gastgewerbe je Steuerpflichtigen, 2023



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Im Gastgewerbe ist die regionale Streuung größer als in der Industrie und im Handel. Gleichwohl unterschreiten die Betriebe in 291 von 400 Kommunen beim durchschnittlichen Umsatz die 500.000-Euro-Marke. Unabhängig von der Himmelsrichtung stehen daher im Gastgewerbe in den meisten Kommunen nur geringe Margen auf der Tagesordnung.

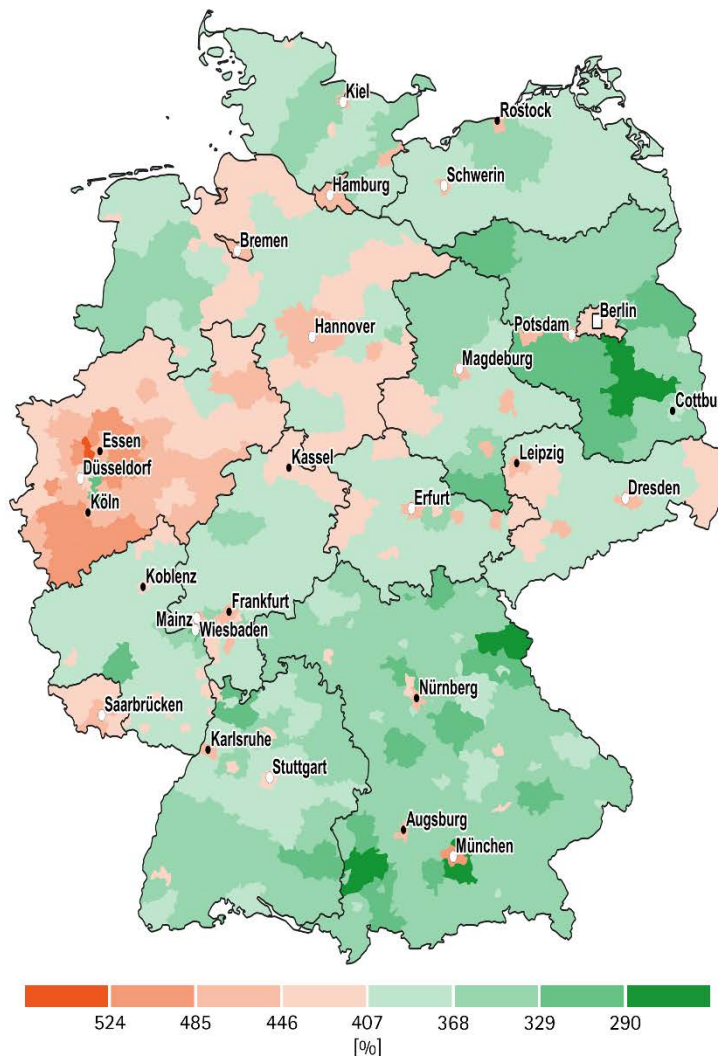
Bundesdurchschnitt: 569.748 Euro

Auf dem Bundesdurchschnitt: Kiel

Minimum: Landkreis Kusel, 200.210 Euro

Maximum: Main-Taunus-Kreis, 2.721.675 Euro

Durchschnittliche Gewerbesteuerhebesätze, 2023



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Aufgrund der Realsteuergarantie in der Finanzverfassung erheben die Städte und Gemeinden die Gewerbesteuer, die erheblich zu den kommunalen Finanzen beiträgt. Grundsätzlich wirkt ein niedriger Hebesatz gewerbeattrauierend. In 231 von 400 Kommunen unterschreitet der Hebesatz die 400-Prozent-Marke. Ausnahmen bilden die Stadtstaaten und Nordrhein-Westfalen, in denen nahezu alle Kommunen (ohne Leverkusen und den Landkreis Mettmann) oberhalb dieser Marke liegen.

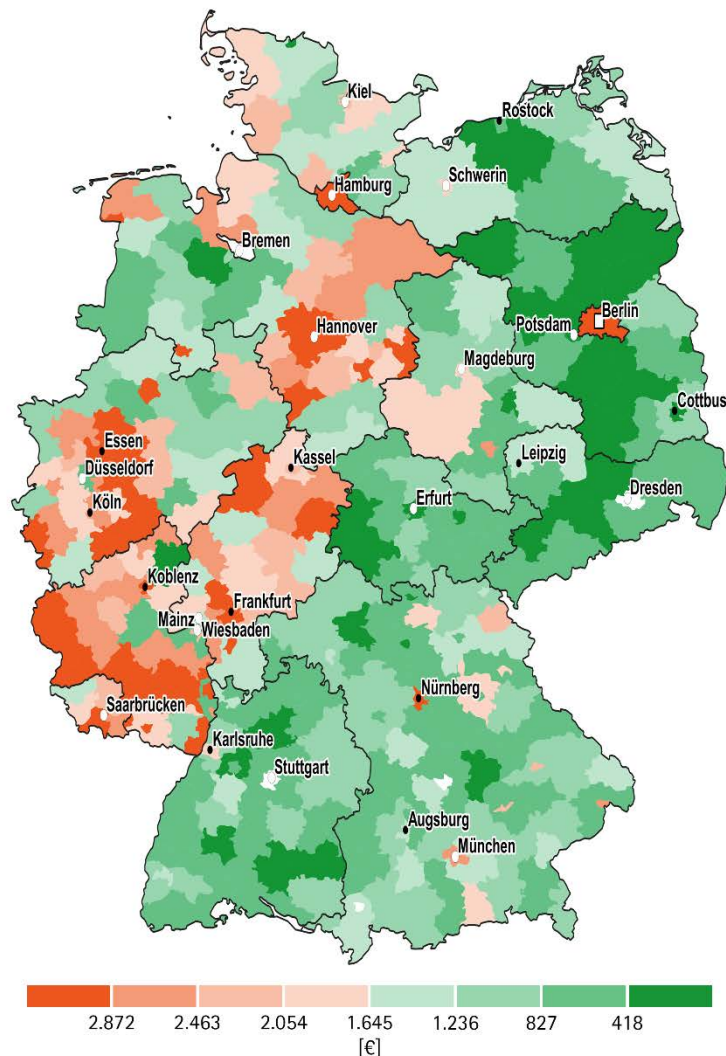
Bundesdurchschnitt: 407 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt: Landkreis Cuxhaven

Minimum: Leverkusen, 250 Prozent

Maximum: Oberhausen, 580 Prozent

Durchschnittlicher Schuldenstand des Kernhaushalts der Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner, 2023



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Kommunale Schulden resultieren nicht selten aus nicht ausfinanzierten kommunalen Pflichtaufgaben. Hierbei unterscheiden sich die neuen Bundesländer grundsätzlich von den alten Bundesländern (ohne Baden-Württemberg, weil erstere weniger Zeit hatten, die heutigen Schuldenstände aufzubauen). So liegt beispielsweise das Maximum in Thüringen bei 1.218 Euro im Landkreis Sömmerda. Vollkommen aus dem Ruder sind die Kommunalfinanzen hingegen in sehr vielen Kommunen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Bundesdurchschnitt: 1.645 Euro

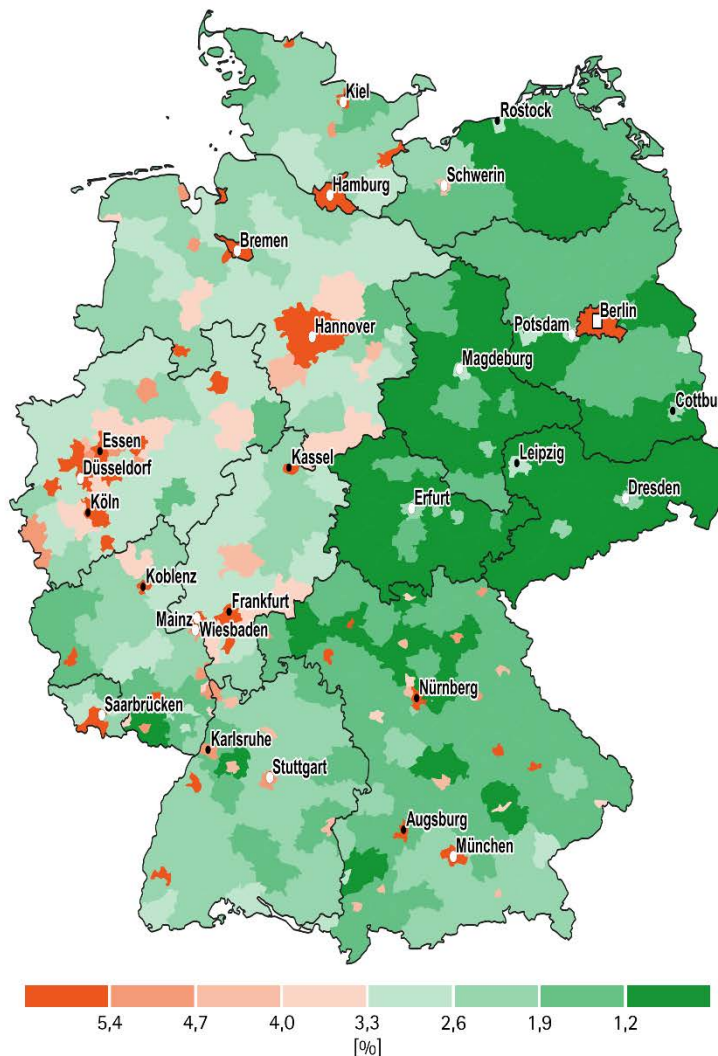
Auf dem Bundesdurchschnitt: Landkreis Amberg-Weizsach

Minimum: Heilbronn, 9 Euro

Maximum: Hamburg, 17.642 Euro

Für Bremen, Bremerhaven, Dresden, Ingolstadt, Kempten und Stuttgart wurden keine Daten veröffentlicht.

Anteil der Bevölkerung mit Grundsicherung im Alter an den Einwohnern 65 Jahre und älter, 2022



Datenquelle/Hrsg.: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) – Bonn, 2024
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Dieser Indikator blickt einerseits zurück auf die Einkommenserzielungsmöglichkeiten der Vergangenheit und zeigt andererseits eine der fiskalischen Belastungen für den Kommunalhaushalt. Hierbei zeigt sich in den alten Bundesländern ein Nord-Süd-Gefälle. Die meisten Kommunen der Bundesländer Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen Rheinland-Pfalz und Saarland erreichen Werte zwischen zwei und vier Prozent. In Baden-Württemberg und Bayern erreicht das Gros Werte zwischen 1,5 und 2,5 Prozent. Die meisten Kommunen in den neuen Bundesländern liegen deutlich unter zwei Prozent.

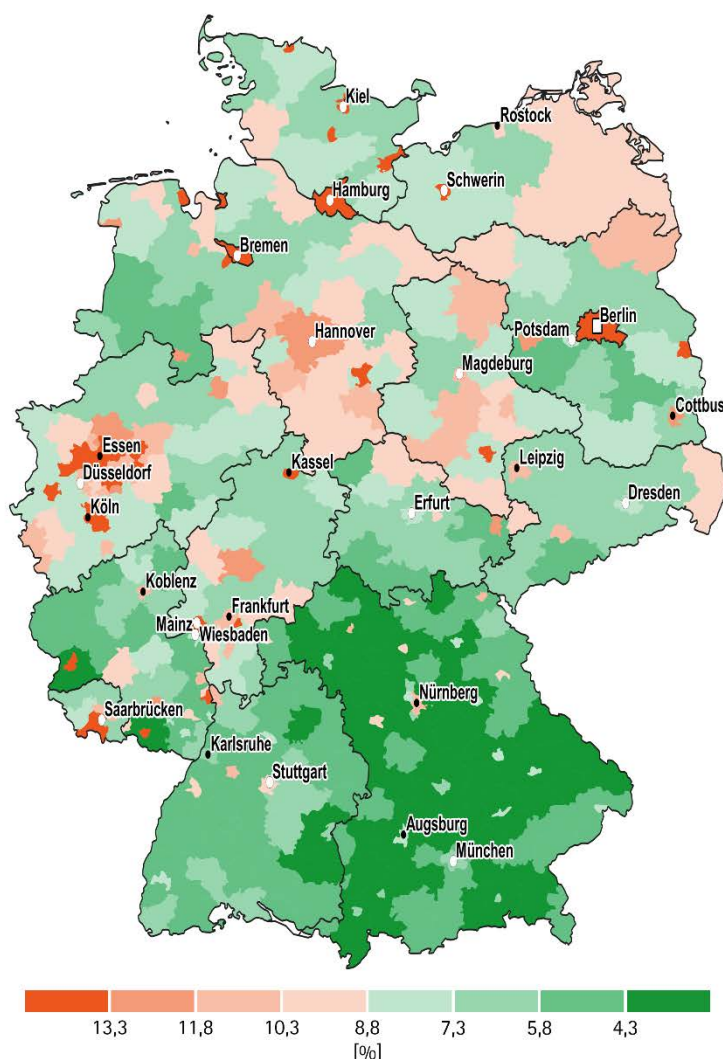
Bundesdurchschnitt: 3,3 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt: Landkreise Altötting, Ennepe-Ruhr-Kreis, Goslar, Minden-Lübbecke, Neunkirchen, Unna und Vechta

Minimum: Landkreis Saalfeld-Rudolstadt, 0,6 Prozent

Maximum: Offenbach am Main, 10,0 Prozent

Anteil der Empfänger von Mindestsicherungsleistungen an der Bevölkerung, 2023



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Mindestsicherungsleistungen sichern den Einwohnern das Existenzminimum. Zuletzt war die Zahl der Bezieher durch den Zuzug von Menschen aus der Ukraine angestiegen. Auffällig ist hier eine Region, die aus den Regierungsbezirken Freiburg, Tübingen, Oberbayern, Niederbayern und Schwaben besteht. In diesem zusammenhängenden Gebiet wird die Zehn-Prozent-Marke stets unterschritten.

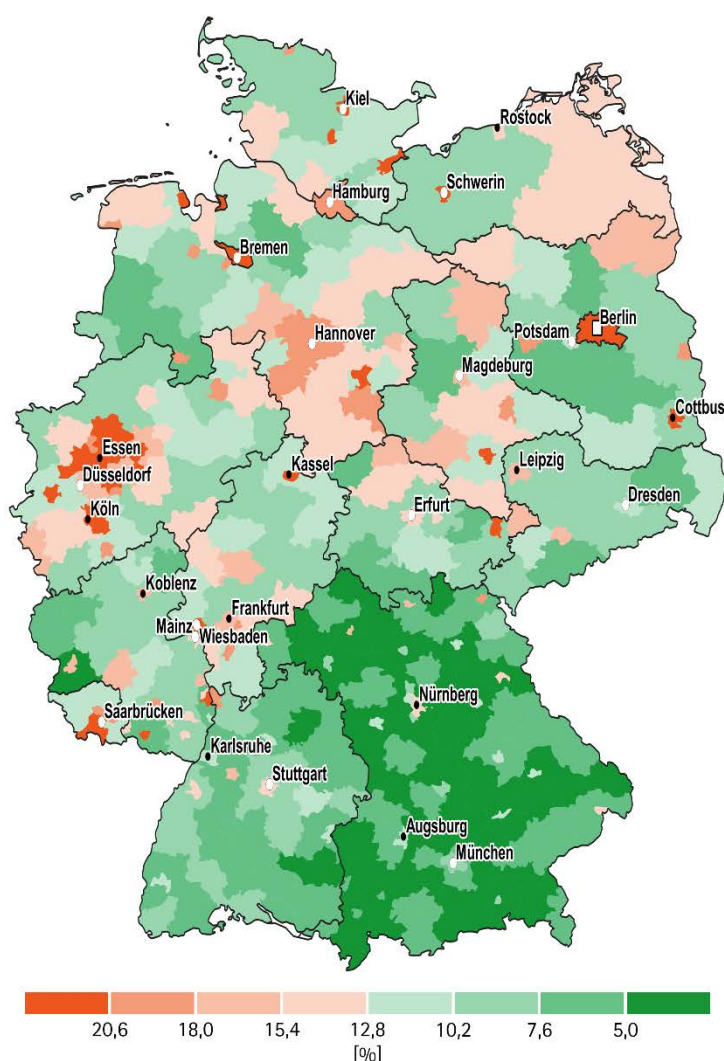
Bundesdurchschnitt:  8.8 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt:  Landau in der Pfalz

Minimum:  Landkreis Ansbach, 2,9 Prozent

Maximum:  Gelsenkirchen, 22,0 Prozent

Kinder in Bedarfsgemeinschaften, 2023



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Kinder wachsen in Bedarfsgemeinschaften auf, wenn ihre Eltern entweder kein Einkommen oder ein zu geringes Einkommen erzielen. Infolge des Zuzugs von Ukrainerinnen mit ihren Kindern sind die Zahlen jüngst gestiegen. Auffällig ist hier eine Region, die aus den Regierungsbezirken Freiburg, Tübingen, Oberbayern, Niederbayern, Unterfranken (ohne Aschaffenburg) und Schwaben besteht. In diesem zusammenhängenden Gebiet wird der Bundesdurchschnitt stets unterschritten. Dies trifft in Thüringen auch auf den IHK-Bezirk Südthüringen zu.

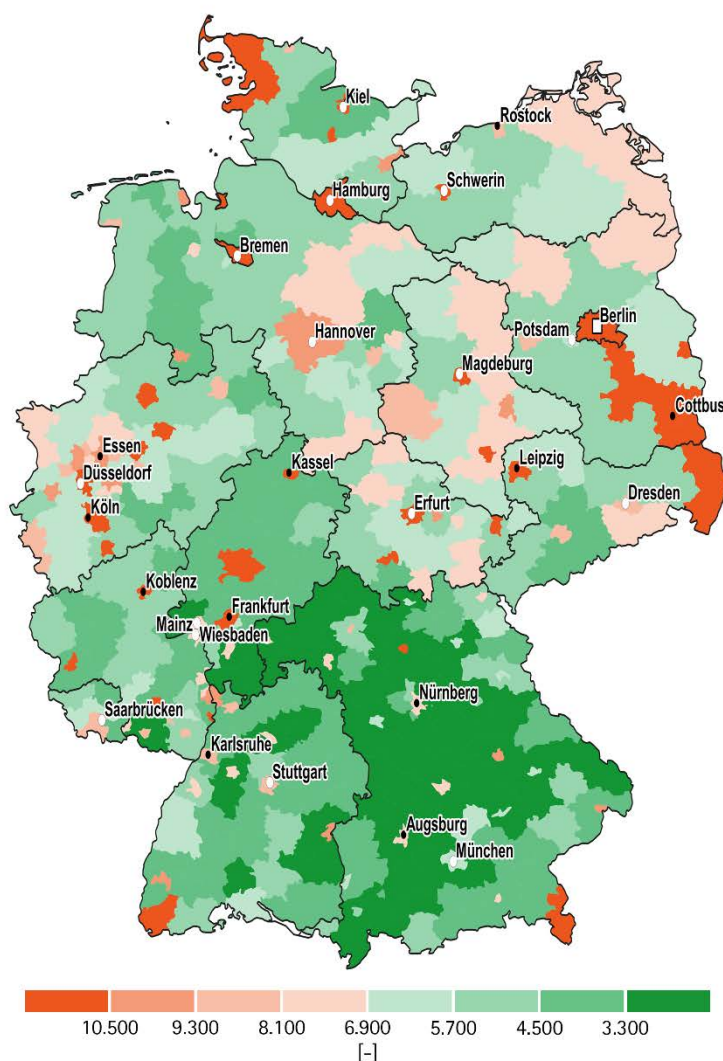
Bundesdurchschnitt:  12,8 Prozent

Auf dem Bundesdurchschnitt:  Stuttgart

Minimum:  Landkreis Ansbach, 2,4 Prozent

Maximum:  Gelsenkirchen, 36,0 Prozent

Straftaten je 100.000 Einwohner, 2024



Datenquelle: Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundeskriminalamtes, 2025
Kartengrundlage: BKG 2024, dl-de/by-2-0 (<https://www.govdata.de/dl-de/by-2-0>)

Die Häufigkeit von Straftaten ist ein Indikator für die Sicherheit einer Region. In 237 von 400 Kommunen wurden weniger als 6.000 Straftaten je 100.000 Einwohner verübt. Besonders große Sicherheit versprechen Kommunen in weiten Teilen von Bayern. Die erstaunlich hohe Kriminalität im Landkreis Nordfriesland beruht auf einem Betrugsverfahren mit 18.595 Straftaten.

Bundesdurchschnitt:  6.865

Auf dem Bundesdurchschnitt:  Kyffhäuserkreis

Minimum:  Landkreis Amberg-Sulzbach, 2.131

Maximum:  Frankfurt (Oder), 18.152

Methodik

Grundsätzlich können alle statistischen Daten in Form von Landkarten dargestellt werden. Voraussetzung hierfür ist, dass zusätzlich zum statistischen Wert die Region gemäß den gängigen Konventionen kodiert wurde. Für die nachfolgende Darstellung werden daher Datensätze der amtlichen Statistik verwendet, die den amtlichen Gemeindeschlüssel enthalten. Mittels eines Geoinformationssystems wurden diese Datensätze zu Landkarten aufbereitet.

Zur Aufbereitung wurde ein äquidistantes Achtfarbschema verwendet, dass mit Rot- und Grüntönen auf der Ampelsystematik aufbaut. Der Farbwechsel von

Rot zu Grün erfolgt in der Regel auf Höhe des Bundesdurchschnitts. Die Breite der Farbklassen ergibt sich in der Regel, indem der Abstand zwischen dem niedrigsten Wert und dem Bundesdurchschnitt in vier gleich große Klassen aufgeteilt wird. Dieses Vorgehen bringt es mit sich, dass die oberste Klasse breiter ausfällt als die übrigen. Von diesem Verfahren wird nur dann abgewichen, wenn die Verteilung der Landkreise nicht symmetrisch ist, so dass die obere Klasse unbesetzt bliebe. Weiße Flecken in den Karten sind der amtlichen Statistik geschuldet. Entweder fehlen hier Daten aufgrund von Vorschriften der statistischen Geheimhaltung oder die Daten werden nicht in allen Regionen ermittelt.

Industrie- und Handelskammer Südthüringen
Bahnhofstraße 4-8
98527 Suhl

Tel. +49 3681 362-0
Fax +49 3681 362-100

info@suhl.ihk.de
www.suhl.ihk.de